

# Motions

## Inhaltsverzeichnis

| Bezeichner | Titel · Antragsteller*in · Empfehlung                                                                                                                                                                                                                            | Seite |
|------------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------|
| A09        | Energiesektor in Gemeinwirtschaft<br>SPD-Stadtverband Leipzig<br><i>Annahme</i>                                                                                                                                                                                  | 3     |
| A10        | Digitale Verwaltung in optimierten Strukturen<br>SPD-Kreisverband Vogtland, SPD-Ortsverein Plauen<br><i>Annahme</i>                                                                                                                                              | 5     |
| B01        | Aufnahme von dual Studierenden ins BBiG<br>AG AfA<br><i>Annahme</i>                                                                                                                                                                                              | 7     |
| B03        | Schulen entlasten: Schulsozialarbeit und Schulassistenten stärken<br>SPD-Kreisverband Zwickau<br><i>Annahme</i>                                                                                                                                                  | 8     |
| B12        | HAND IN HAND GEGEN STILLSTAND – GEMEINSAM FÜR NACHHALTIGE<br>HOCHSCHULEN IN SACHSEN!<br>AG Jusos<br><i>Annahme</i>                                                                                                                                               | 10    |
| G08        | Für eine moderne Psychotherapiepraxis: Ergänzung der Ziele des Studiums<br>zur Erlangung einer Approbation für Psychotherapie um<br>Diskriminierungssensibilisierung und Sensibilisierung für queere<br>Bedürfnisse<br>SPD-Unterbezirk Dresden<br><i>Annahme</i> | 17    |
| K11        | In Zukunft investieren<br>SPD-Kreisverband Zwickau<br><i>Annahme</i>                                                                                                                                                                                             | 18    |
| K12        | Daseinsvorsorge – Da sein für Alle<br>AG Jusos<br><i>Annahme</i>                                                                                                                                                                                                 | 24    |
| M03        | Pflanzliche Ersatzprodukte fair besteuern<br>SPD-Stadtverband Leipzig<br><i>Annahme</i>                                                                                                                                                                          | 28    |
| M07        | Junge Menschen müssen mobil sein - in Stadt und Land<br>AG Jusos<br><i>Annahme</i>                                                                                                                                                                               | 29    |
| M09        | Ausbau der Geothermie-Forschung<br>SPD-Kreisverband Vogtland<br><i>Annahme</i>                                                                                                                                                                                   | 34    |
| P02        | INKLUSION VORLEBEN - BARRIEREFREIE UND BEHINDERTENGERECHTE<br>BÜRGER*INNENBÜROS<br>AG Jusos<br><i>Annahme</i>                                                                                                                                                    | 35    |
| R05        | Gesetzliche Erlaubnis des Filmens von Polizeieinsätzen zur Beweiserhebung<br>und Beweissicherung<br>SPD-Stadtverband Leipzig<br><i>Annahme</i>                                                                                                                   | 36    |

| Bezeichner | Titel · Antragsteller*in · Empfehlung                                                                     | Seite |
|------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------|
| R06        | BodyCams bei der Polizei<br>SPD-Stadtverband Leipzig<br><i>Annahme</i>                                    | 37    |
| R08        | Schuldenbremse aus dem Grundgesetz streichen<br>SPD-Unterbezirk Chemnitz<br><i>Annahme</i>                | 38    |
| S03        | Versorgung von jungen und werdenden Müttern mit psychischen Problemen stärken<br>AG ASG<br><i>Annahme</i> | 41    |
| S07        | Gründung eines staatlichen pharmazeutischen Unternehmens<br>SPD-Unterbezirk Dresden<br><i>Annahme</i>     | 42    |
| S08        | Pflege, Gesundheit und medizinische Versorgung<br>AG Jusos<br><i>Annahme</i>                              | 43    |
| S09        | Portalpraxis auch im Oberen Vogtland<br>SPD-Kreisverband Vogtland, SPD-Ortsverein Adorf<br><i>Annahme</i> | 46    |

## Antrag A09: Energiesektor in Gemeinwirtschaft

| Status: | Annahme |
|---------|---------|
|---------|---------|

- 1 Fassung in der Vollersetzung A09-Ä07, die der Antragsteller übernommen hat. Alle  
2 weiteren Änderungsanträge wurden zurückgezogen.
- 3 Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen und an den Bundestag und  
4 die Bundestagsfraktion weiterleiten:
- 5 Wir fordern, den gesamten Energiemarkt auf den Prüfstand zu stellen. Neben  
6 kurzfristigen Maßnahmen, wie Übergewinnsteuer, Preisdeckel für Basisverbrauch und  
7 Stabilisierung der Arbeitsfähigkeit von Uniper, fordern wir eine Abkehr von  
8 neoliberalen Ordnungsmodellen hin zu einer Stärkung einergemeinwohlorientierten, auf  
9 Kooperation, Nachhaltigkeit und Dezentralität basierenden, Wirtschaftsweise im  
10 Energiesektor. Die Dominanz weniger großer Konzerne im Energiesektor hat zweifelsohne  
11 viele Schattenseiten. Zugleich müssen in den nächsten Jahren im Energiesektor riesige  
12 Investitionen realisiert werden, die auch entsprechend leistungsfähige Strukturen und  
13 eine gewisse Verlässlichkeit voraussetzen.
- 14 Wir fordern, dass die SPD auf Bundesebene Expert:innengruppen unter Einbeziehung der  
15 Zivilgesellschaft (nach Möglichkeit in Form eines Bürger:innenrats) einsetzt, die die  
16 möglichen Folgen verschiedener Ansätze untersucht, die wettbewerbs- und  
17 europarechtlichen Rahmenbedingungen betrachtet und konkrete Konzepte für die  
18 Überführung des Energiesektors in Gemeinwirtschaft oder für die auf anderen Wegen  
19 mögliche Stärkung staatlicher bzw. gemeinwirtschaftlicher Akteur:innen erarbeitet.  
20 Diese Diskussion soll insbesondere die Geschwindigkeit des Ausbaus erneuerbarer  
21 Energien, die Zielstellungen der Nachhaltigkeit (insb. Klima- und Umweltschutz), der  
22 demokratische Kontrolle, der Versorgungssicherheit, der Dezentralität, den  
23 Verbraucher:innenschutz und die Mitarbeiter:innenrechte beinhalten.
- 24 Eine denkbare Möglichkeit ist die durch Bundesgesetz auf Grundlage von Art. 15 S. 1  
25 GG mögliche Überführung von im Inland tätigen relevanten Unternehmen des  
26 Energiesektors in gemeinwirtschaftliche Kontrolle gegen eine entsprechende  
27 Entschädigung. Dabei soll es nicht darum gehen, im klassischen Sinne zu  
28 "verstaatlichen" und die Betriebe bloß in eine staatskapitalistische Wirtschaftsweise  
29 zu überführen. Dass dies allein wenig erfolgversprechend ist, sieht man auch bereits  
30 jetzt an den Konzernen in (teil-) staatlicher Hand (aus dem In- und Ausland), wie  
31 EnBW oder Vattenfall, die sich im marktwirtschaftlichen Umfeld weitgehend wie andere  
32 rein privatwirtschaftliche Unternehmen verhalten.
- 33 Eine Alternative zu diesem beschriebenen (Staats-)Kapitalismus könnte eine echte  
34 Gemeinwirtschaft sein. Art. 15 GG ermöglicht genau dies: Wirtschaftsbereiche aus der  
35 kapitalistischen Wettbewerbslogik herauszunehmen und in eine Gemeinwirtschaft zu  
36 überführen. Vorgaben, wie diese dann organisiert sein soll, macht das Grundgesetz  
37 nicht. Denkbar wären die Form der Kommunalwirtschaft (Stadtwerke), Genossenschaften,  
38 Anstalt(en) des öffentlichen Rechts als auch die direkte Überführung in  
39 Staatseigentum (dies nur als beispielhafte Aufzählung).
- 40 Nach überwiegender Auffassung können bei einer Vergesellschaftung nach Art. 15 GG für  
41 die Entschädigung Erträge aus der geplanten gemeinnützigen Bewirtschaftung zugrunde  
42 gelegt werden. (So das von der letzten SPD geführten Berliner Regierung eingesetzte

43 Expert:innengremium in ihrem Abschlussbericht) Das heißt, die Vergesellschaftung  
44 finanziert sich selbst. Das ist für uns nicht nur Grundlage, sondern auch  
45 Voraussetzung für eine Vergesellschaftung des Energiesektors. Dass staatliche Mittel,  
46 die für die Transformation benötigt werden, für Entschädigungszahlungen aufgewendet  
47 werden, wollen wir nicht!

48 Eine weitere Möglichkeit könnte darin bestehen, die Stärkung z.B. bereits bestehender  
49 kommunaler Energieunternehmen oder die Gründung neuer staatlicher Energieunternehmen  
50 voranzutreiben. Durch den Ausbau erneuerbarer Energien und z.B. die Elektrifizierung  
51 zahlreicher Prozesse wird sich der Energiemarkt grundlegend ändern. Dieser massive  
52 Wandel könnte die Chance bieten, gemeinwirtschaftlich oder staatlich organisierte  
53 Akteur:innen eine größere Bedeutung zu verschaffen.

54 Binnen eines Jahres nach Beschlussfassung auf Bundesebene soll ein Konzept vorgelegt  
55 werden.

## Antrag A10: Digitale Verwaltung in optimierten Strukturen

|         |         |
|---------|---------|
| Status: | Annahme |
|---------|---------|

- 1 *Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen und weiterleiten an die*  
2 *Landtagsfraktion der SPD im Sächsischen Landtag:*
- 3 *Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen und eine Arbeitsgruppe im*  
4 *Landesvorstand zum Thema Digitalisierung der Verwaltung einrichten:*
- 5 Digitalisierung ermöglicht es neue Formen von Dienstleistungen anzubieten. Dies gilt  
6 auch im Bereich der öffentlichen Verwaltung. Schlagworte wie Smart Region, EfA  
7 Prinzip (Einer für Alle) oder Registermodernisierung stehen dafür, dass die  
8 Veränderung angekommen ist. Es ist eine offene Diskussion unter Einbeziehung der  
9 Wissenschaft erforderlich, wie die öffentlichen Dienstleistungen in Zukunft (2030 und  
10 danach) mit den Möglichkeiten der Digitalisierung erbracht werden und wie die  
11 Verwaltungsebenen für effektive Strukturen dafür neu aufgestellt werden sollten.
- 12 Die kommunale Ebene ist der erste Ansprechpartner für die Belange der Bürger:innen.  
13 Um die Bürger:innen optimal in den Prozess einzubinden, braucht es eine breite  
14 Beteiligung und Aufklärung über die schon bestehenden Möglichkeiten. So bietet der  
15 Freistaat Sachsen unter anderem über die Digitalagentur Sachsen ein Beteiligungsportal  
16 für die Bürger:innen an und auch ein Open-Data-Portal des Freistaates ist vorhanden.  
17 Die Digitalagentur bietet zudem regelmäßig Veranstaltungen an, zu den verschiedensten  
18 Themen rund um die Digitalisierung und dadurch stattfindende Transformation in  
19 Sachsen.
- 20 Um diesen Prozess noch transparenter zu gestalten und mehr Bürger:innen, in ihren  
21 jeweiligen Wirkungs- und Wohnorten mitzunehmen, fordern wie die Landtagsfraktion der  
22 SPD im Sächsischen Landtag auf sich für eine stetige Weiterentwicklung des Konzepts  
23 einzusetzen, um den Transformationsprozess so transparent wie möglich zu gestalten.
- 24 Es braucht eine neue Vision, wie die Leistungen der öffentlichen Verwaltung  
25 abgesichert und digital erbracht werden sollen. Letztlich wird die Digitalisierung  
26 lösen müssen, wofür wir keine Fachkräfte mehr haben werden.
- 27 Bestandteile des Konzeptes sollten daher sein:
- 28 • Die Zukunft der öffentlichen Verwaltung ist digital, plattformbasiert und  
29 kooperativ über Zuständigkeitsgrenzen hinweg.
  - 30 • Die Zukunft der digitalen, öffentlichen Verwaltung ermöglicht automatisiertes,  
31 proaktives Verwaltungshandeln.
  - 32 • Die Leistungen der öffentlichen Verwaltung werden effizient, service- und  
33 kundenorientiert erbracht.
  - 34 • Wie ein Kulturwandel auf allen Hierarchieebenen der öffentlichen Verwaltung  
35 initiiert werden kann um eine Digitale Transformation zu ermöglichen.
  - 36 • Wie und bis wann ein Entwurf für eine optimierte, digitale Verwaltung erarbeitet  
37 wird.
  - 38 • In welchen Formen dieser Entwurf mit einer breiten Öffentlichkeit debattiert  
39 werden soll.

Wir benötigen Mut für grundlegende Veränderungen. Dies betrifft die Ausgestaltung des Rechts, der Zentralisierung von Zuständigkeiten und die Vorgaben von Standards aber auch ein neues, digitaltaugliches Verständnis von Ressortprinzip, Selbstverwaltung und Föderalismus.

Wir benötigen Transparenz und Ehrlichkeit in der Bewertung, mit welchen Ressourcen wir bisher welche Digitalleistungen im Sinne des OZG mit welchem Digitalisierungsgrad erbracht wurden und ob die dafür geschaffenen Strukturen und Anwendungen auch für die Zukunft geeignet sind.

Die öffentliche Verwaltung ist ein wesentlicher Mosaikstein in unserer Demokratie. Deren Sicherung der Zukunftsfähigkeit liegt im Interesse aller und sollte auch in aller Öffentlichkeit debattiert werden.

auf Landesebene zu entwickeln, wie dieser Zukunftsprozess gestaltet werden kann.

Die SPD-Landtagsfraktion setzt sich dafür ein, ein Transformationskonzept für das Vorgehen bei der Digitalisierung in der öffentlichen Verwaltung auf Landesebene zu initiieren.

Es braucht eine neue Vision, wie die Leistungen der öffentlichen Verwaltung abgesichert und digital erbracht werden sollen. Letztlich wird die Digitalisierung lösen müssen, wofür wir keine Fachkräfte mehr haben werden.

Bestandteile des Konzeptes sollten daher sein:

- Die Zukunft der öffentlichen Verwaltung ist digital, plattformbasiert und kooperativ über Zuständigkeitsgrenzen hinweg.
- Die Zukunft der digitalen, öffentlichen Verwaltung ermöglicht automatisiertes, proaktives Verwaltungshandeln.
- Die Leistungen der öffentlichen Verwaltung werden effizient, service- und kundenorientiert erbracht.
- Wie ein Kulturwandel auf allen Hierarchieebenen der öffentlichen Verwaltung initiiert werden kann um eine Digitale Transformation zu ermöglichen.
- Wie und bis wann ein Entwurf für eine optimierte, digitale Verwaltung erarbeitet wird.
- In welchen Formen dieser Entwurf mit einer breiten Öffentlichkeit debattiert werden soll.

Wir benötigen Mut für grundlegende Veränderungen. Dies betrifft die Ausgestaltung des Rechts, der Zentralisierung von Zuständigkeiten und die Vorgaben von Standards aber auch ein neues, digitaltaugliches Verständnis von Ressortprinzip, Selbstverwaltung und Föderalismus.

Wir benötigen Transparenz und Ehrlichkeit in der Bewertung, mit welchen Ressourcen wir bisher welche Digitalleistungen im Sinne des OZG mit welchem Digitalisierungsgrad erbracht wurden und ob die dafür geschaffenen Strukturen und Anwendungen auch für die Zukunft geeignet sind.

Die öffentliche Verwaltung ist ein wesentlicher Mosaikstein in unserer Demokratie. Deren Sicherung der Zukunftsfähigkeit liegt im Interesse aller und sollte auch in aller Öffentlichkeit debattiert werden.

## Antrag B01: Aufnahme von dual Studierenden ins BBiG

|         |         |
|---------|---------|
| Status: | Annahme |
|---------|---------|

- 1 Der Landesparteitag möge beschließen und an den Bundesparteitag der SPD sowie die
- 2 Bundestagsfraktion der SPD weiterleiten:
- 3 Das praxisintegrierende duale Studium ist in den Anwendungsbereich des
- 4 Berufsbildungsgesetzes (BBiG) aufzunehmen und damit eine Absicherung der dual
- 5 Studierenden in den Praxisphasen ihres dualen Studiums zu schaffen.

## Antrag B03: Schulen entlasten: Schulsozialarbeit und Schulassistenten stärken

| Status: | Annahme |
|---------|---------|
|---------|---------|

Der SPD-Landesparteitag möge beschließen und an die Landtagsfraktion weiterleiten:

Schulen sind mit einer zunehmenden Heterogenität der Schülerschaft und den sich daraus ergebenden Herausforderungen (spezielle Förderbedarfe, Integration, Diskriminierung, Gewalt, soziale und psychologische Probleme von Schüler\*innen und Eltern...) konfrontiert. Einen Großteil dieser Herausforderungen muss aktuell vom pädagogischen Personal neben dem eigentlichen Unterricht kompensiert werden. Gepaart mit dem nach wie vor bestehendem Lehrer\*innenmangel in Sachsen führt dies zu einer steten Überforderung des pädagogischen Personals, das die Absicherung des Unterrichts gefährdet.

Um die Lehrkräfte an diesen Stellen gezielt zu entlasten, sind Schulsozialarbeiter\*innen und Schulassistent\*innen wichtige Mittel. Aktuell besteht jedoch nur bei Oberschulen die Pflicht, 1,0 VZÄ für Schulsozialarbeit pro Schule vorzuhalten. Die Kosten werden durch den Freistaat für Oberschulen zu 100 Prozent gefördert, für Schulsozialarbeit an den weiteren Schularten zu 80 Prozent. Das im Jahr 2017 eingeführte Landesprogramm "Schulsozialarbeit" ist inzwischen auf 36 Millionen Euro in 2023 und 37,2 Millionen Euro in 2024 angewachsen, sodass rund 650 VZÄ für Schulsozialarbeit bereit stehen. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, dass die Träger der örtlichen Jugendhilfe weitere Mittel aus der Jugendpauschale einsetzen.

Die bestehende Förderpraxis hat auch Nachteile:

Problemlagen, wie sie an Oberschulen bestehen, sind in unterschiedlicher Ausprägung in allen Schulen zu beobachten. Gerade an Grund-, Förder- und Gemeinschaftsschulen und zunehmend auch an Gymnasien und Berufsschulen können diese Probleme nicht ausreichend bearbeitet werden.

Da die Kosten zum Teil vom Jugendhilfe- oder Schulträger übernommen werden müssen, sind finanzkräftige Kommunen gegenüber strukturschwächeren Regionen bevorteilt, was den Unterschied in der Bildungsqualität zwischen den verschiedenen Regionen in Sachsen verstärkt. Zudem verursacht die aktuelle Förderpraxis einen hohen Verwaltungsaufwand und eine Planungsunsicherheit bei Schulen und Beschäftigten.

Die Vorgabe, 1 VZÄ Schulsozialarbeit pro Oberschule, ist eine Errungenschaft der letzten großen Schulgesetznovelle und dient der Stärkung dieser Schulart sowie dem verfolgten Ansatz zur Arbeit im multiprofessionellen Team. Sie ist zu starr, da die Schulen bzgl. Schülerzahl sehr heterogen sind. Für größere Oberschulen ist diese Marke zu niedrig.

Diese Nachteile sollte der Freistaat Sachsen ausgleichen, in dem er

a.) eine Beschäftigung von Schulsozialarbeiter\*innen perspektivisch nicht nur für Oberschulen verpflichtend macht, sondern auf alle staatlichen allgemein- und berufsbildenden Schulen ausgedehnt;

b.) die Anzahl der Stellen für die Schulsozialarbeit nicht an die Schule als Institution, sondern an die tatsächliche Schülerzahl und den Schultyp koppelt. Für



Grund- und Oberschulen halten wir einen Schlüssel von 0,5 VZÄ pro 150 Schüler\*innen für sinnvoll. Bei Gymnasien ist ein Schlüssel von 0,5 VZÄ pro 300 Schüler\*innen anzustreben;

c.) sollten die Kosten dafür langfristig und vollumfassend vom Freistaat Sachsen übernommen werden. Die Jugendhilfeträger und Kommunen

Schülerzahl und den Schultyp koppelt. Wir halten die Empfehlung des Bundeskongresses für Schulsozialarbeit von 1 VZÄ pro 150 Schüler:innen langfristig für notwendig.

Zunächst streben wir einen Schlüssel von 0,5 VZÄ pro 150 Schüler:innen an Grund- und Oberschulen, Förder-, Gemeinschafts- und Berufsschulen an, mindestens jedoch 1 VZÄ an jeder Schule. Bei Gymnasien ist im ersten Schritt ein Schlüssel von 0,5 VZÄ pro 300 Schüler:innen, mindestens jedoch 1 VZÄ an jeder Schule. In Anbetracht des auch in diesem Bereich großen Fachkräftemangels soll dieser Schlüssel zunächst schrittweise anhand einer sozialindexbasierten Verteilung umgesetzt werden.; c.) sollten die Kosten dafür

langfristig und vollumfassend vom Freistaat Sachsen übernommen werden. Die Kommunen selbst können die vom Freistaat finanzierten Anteile jederzeit durch eigene Mittel aufstocken.

Neben der Schulsozialarbeit sind Schulassistent\*innen ein wichtiger Baustein zur Entlastung der Lehrkräfte. Seit 2023 können 472 Schulassistent\*innen unbefristet beschäftigt werden, zudem besteht die Möglichkeit weitere Schulassistent\*innen befristet zu beschäftigen. Dazu kommen 108 Schulpsycholog\*innen, Inklusionsassistent\*innen an rund 250 Schulen sowie 250 Praxisberater\*innen. Der Einstieg in den Aufbau eines umfassenden Unterstützungssystems ist gemacht, jetzt gilt es dies zu verstetigen und weiter auszubauen. Analog zum oben skizzierten Vorgehen im Bereich der Schulsozialarbeit muss der Freistaat Sachsen deshalb auch bei den Schulassistent\*innen die Voraussetzungen schaffen, dass die flächendeckende Versorgung von staatlichen allgemein- und berufsbildenden Schulen gewährleistet wird.

## Antrag B12: HAND IN HAND GEGEN STILLSTAND – GEMEINSAM FÜR NACHHALTIGE HOCHSCHULEN IN SACHSEN!

Status:

Annahme

1 *Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen:*

2 Die Klimakatastrophe stellt zweifelsohne die größte Herausforderung der Menschheit im  
3 21. Jahrhundert dar. Die Jusos Sachsen, Juso-Hochschulgruppen und die SPD Sachsen  
4 bekennen sich daher uneingeschränkt zur Einhaltung des 1,5°C-Ziels. Doch um dieses  
5 Ziel zu erreichen, muss unsere Gesellschaft ihre Lebensweise grundlegend  
6 transformieren. Konkret fordern wir den Kohleausstieg bis 2030 sowie eine  
7 Energieversorgung ausschließlich aus erneuerbaren Quellen ab 2035. Der Ausbau  
8 erneuerbarer Energien muss dabei stärker als je zuvor vorangetrieben und  
9 subventioniert werden. Ebenso müssen sämtliche Subventionen für die fossile  
10 Energiewirtschaft umgehend gestoppt werden, wobei eine soziale Abfederung für  
11 Haushalte mit kleinem und mittlerem Einkommen gewährleistet werden muss.

12 Die Klimakrise muss vollumfassend und insbesondere unter Gerechtigkeitsaspekten  
13 bekämpft werden. Frauen sowie Länder im globalen Süden sind von den Folgen der Krise  
14 besonders betroffen und bedürfen daher eines besonderen Schutzes. Dies erfordert eine  
15 umfassende Aufklärung und Bildung sowie eine Betrachtung der Nachhaltigkeit in all  
16 ihren Aspekten. Eine nachhaltige Welt, die sich an den Sustainable Development Goals  
17 (SDGs) orientiert, ist klimagerecht, feministisch, internationalistisch und  
18 sozialistisch.

19 Im Kontext dieser Krise spielen auch die Hochschulen eine wichtige Rolle. Nachhaltige  
20 Hochschulen können einen wichtigen Beitrag zur Abmilderung der Krise des  
21 Artenverlustes, der Klimakrise und der Ungerechtigkeiten des Kapitalismus leisten.  
22 Besonders in Sachsen müssen die Hochschulen eine Vorreiterrolle einnehmen, um der  
23 Klimakrise wirksam zu begegnen. Die sächsischen Hochschulen haben hierbei eine große  
24 Verantwortung und können durch innovative Forschungsprojekte sowie den Einsatz  
25 erneuerbarer Energien und nachhaltiger Technologien eine Vorreiterrolle einnehmen.  
26 Dabei muss jedoch auch eine soziale Verantwortung berücksichtigt werden, um eine  
27 gerechte Transformation hin zu einer klimagerechten Gesellschaft zu gewährleisten.  
28 Durch ein schnelles Handeln der sächsischen Regierung kann sich das Bundesland als  
29 Innovationsstandort und gesellschaftliches Beispiel für eine nachhaltige  
30 Transformation positionieren. Besonders im Bereich der Hochschulen gibt es hier  
31 großes Potential, da Sachsen über eine Vielzahl renommierter Universitäten und  
32 Forschungseinrichtungen verfügt, die in der Lage sind, wegweisende  
33 Forschungsergebnisse im Bereich der erneuerbaren Energien und der Nachhaltigkeit zu  
34 erzielen.

35 Die Landesregierung hat bedauerlicherweise die Gelegenheit verpasst, durch die  
36 Novelle des sächsischen Hochschulgesetzes eine konsequente Verpflichtung zur  
37 Nachhaltigkeit zu verankern. Stattdessen beschränkt sich die Novelle auf die  
38 Forderung, dass an jeder Hochschule ein\*e Prorektor\*in für Nachhaltigkeit zuständig  
39 sein soll und dass die Prägung der Studierenden im Sinne der Nachhaltigkeit als  
40 Aufgabe festgeschrieben wird, ohne jedoch weitere Verpflichtungen für die  
41 Hochschulleitungen zu formulieren.

**Klimagerechter Campus und Betrieb**

Hochschulen in Sachsen sind große Institutionen, sie bilden den Lebensmittelpunkt für viele Menschen. Sie sind wichtige Orte des Lernens, der Forschung und des Austauschs. Als öffentliche Gebäude und Veranstaltungsorte haben sie das Potenzial, die Klimakrise durch Bildungsarbeit zugänglicher zu machen. Zugleich erfordert die Umgestaltung der Gebäude und Hochschulliegenschaften einen enormen Aufwand auf allen Ebenen der Organisation und Verwaltung. Daher ist eine **langfristige und breit aufgestellte Nachhaltigkeitsstrategie** von entscheidender Bedeutung. Einige Hochschulen haben bereits mit der Entwicklung dieser Strategien begonnen, andere starten gerade. So oder so sollten sie von allen Hochschulen erstellt und regelmäßig fortgeschrieben werden. Und zu jeder guten Strategie gehört ein Maßnahmenplan und Monitoring dessen. Dabei sollten die Jahresberichte im Akademischen Senat erörtert und veröffentlicht werden.

Insgesamt stehen die Hochschulen vor der Aufgabe, den neuen gesetzlichen Impuls zur Bildung für nachhaltige Entwicklung aufzugreifen. Hier kann das Abprüfen der Vereinbarkeit von Gremienbeschlüssen und Nachhaltigkeitszielen (Gremiencheck) helfen, die Ziele nicht aus dem Blick zu verlieren. An großen Hochschulen kann es sinnvoll sein, weitere Beauftragte oder ein gesondertes Prorektorat mit dem Themengebiet zu betrauen - die Öffnungsklausel zur Ausgestaltung mittels Grundordnung macht dies nunmehr möglich.

Um die nachhaltig engagierten Mitglieder der Hochschule zu koordinieren und zu vernetzen, ist ein unabhängiges Nachhaltigkeitsbüro ein wertvoller Ort. Wir fordern die **Einführung eines Nachhaltigkeitsbüros an jeder sächsischen Hochschule, die von Studierenden und Mitarbeitenden gleichermaßen geleitet wird**. Hier werden das Fachwissen von hauptberuflichen Nachhaltigkeitsbeauftragten und die innovativen Ideen sowie persönlichen Erfahrungen von studentischen Nachhaltigkeitsgruppen gebündelt. Das Nachhaltigkeitsbüro dient auch als freier Raum für alle Nachhaltigkeitsgruppen der Hochschule, um den Austausch, Workshops, Bildungsveranstaltungen und gemeinsame Aktionen zu fördern. Jeder soll dazu ermutigt werden, sich an diesen Angeboten zu beteiligen, unabhängig von Hintergrund und Vorkenntnissen.

Wir begrüßen, dass der Staatsbetrieb Sächsisches Immobilien- und Baumanagement (SIB) seit Jahresbeginn bereits von drei regionalen sächsischen Unternehmen 100% Ökostrom bezieht und dies durch entsprechende Herkunftsnachweise überprüft wird. Allerdings fehlt es an Transparenz darüber, ob diese Firmen tatsächlich 100% nachhaltigen Strom produzieren oder lediglich entsprechende Zertifikate erwerben.

Darüber hinaus trägt die Hochschule die Verantwortung dafür, dass ihr Strommix so

nachhaltig wie möglich ist. Um dieses Ziel zu erreichen, **sollten Photovoltaikanlagen auf allen Dächern der Hochschule installiert werden.** Sofern dies nicht möglich ist, sollten die Dächer begrünt werden. Außerdem sollten bei **zukünftigen Neubauten PV-Anlagen von Anfang an mitgeplant und gebaut werden.** Sollten daraus Mehrkosten entstehen, muss der Freistaat Sachsen seiner ökologischen Verpflichtung nachkommen und diese tragen. Nur so können wir die Klimaneutralität der Hochschule erreichen.

Eine nachhaltige Hochschule sollte **Freiräume bieten, die von allen Angehörigen der Hochschule genutzt werden können.** Hierzu zählen auch **begrünte Flächen und Wasseranlagen,** die zur Erholung einladen und die Lebensqualität der Besucher\*innen erhöhen. Solche Naturräume tragen zur Erhaltung der Artenvielfalt bei und bieten Tieren Lebensräume, weshalb sie insbesondere insekten- und vogelfreundlich angelegt werden sollten. Natürliche Wasserflächen sorgen auch für eine lokale Abkühlung, indem sie durch Verdunstungskühle die umliegende Temperatur senken. Es gibt viele Vorteile bei der Schaffung von Naturräumen, wie z.B. die Regulierung des Kohlenstoffzyklus.

Insbesondere in Städten sollten **Hochschulgelände entsiegelt** werden, um den Gasaustausch und das Versickern von Regenwasser zu erleichtern, die Bodenfauna zu schützen und die Stadt zu kühlen. Die Entfernung der Versiegelung trägt zur Lebensqualität der Besucher\*innen und zur Erhöhung der Artenvielfalt auf dem Hochschulgelände bei. Die sächsischen Hochschulen müssen nicht nur durch ihre Forschung, sondern auch durch ihre eigene Nachhaltigkeitspraxis Vorbild sein und andere Institutionen und die Gesellschaft insgesamt inspirieren.

Ein spannendes Projekt zur Gestaltung eines grünen und lebenswerten Campus ist die **Einrichtung von sogenannten "Grünen Seminarräumen".** Hierbei wird ein natürlicher Raum in ein Lernumfeld verwandelt, in dem im Freien Lehrinhalte vermittelt werden können. Dabei wird oft ein Bezug zu nachhaltigen Themen hergestellt, wodurch niedrigschwellige Bildungsarbeit betrieben werden kann.

**Uni-Gardening-Initiativen sollten von den Hochschulen unterstützt werden,** um den Studierenden Raum zu geben, nachhaltige Räume zu schaffen. Zudem fordern wir die **Bereitstellung kostenloser Trinkwasserspender** auf dem Campus, um nicht nur den Verbrauch von Einweg-Plastikflaschen zu reduzieren, sondern auch den Grundbedarf an Wasser gerecht zu erfüllen. Alle diese Projekte können durch eine aktive Beteiligung von Studierenden umgesetzt werden, müssen aber von der Hochschule bzw. Liegenschaftsverwaltung angestoßen und verwaltet werden. Die Schaffung eines grünen und lebenswerten Campus ist ein wichtiges Thema für Hochschulen in Sachsen und sollte als solches behandelt werden. Durch die Förderung von nachhaltigen Projekten und die aktive Einbindung von Studierenden können Hochschulen nicht nur ihre Verantwortung für den Schutz der Umwelt wahrnehmen, sondern auch dazu beitragen, ein nachhaltigeres Bewusstsein in der Gesellschaft zu schaffen, indem die sensibilisierten Studierenden als Multiplikator\*innen in ihrem zukünftigen Arbeitsleben und im gesellschaftlichen Austausch fungieren können.

Eine digitale Hochschule ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer nachhaltigen Hochschule und kann eine Inspiration für alle Mitglieder sein, den Arbeits- und Studienplatz nachhaltiger zu gestalten. Durch die Digitalisierung kann zum Beispiel der Papierverbrauch reduziert und die Verwaltung effizienter gestaltet werden. Um eine nachhaltigere und umweltfreundlichere Arbeitsweise an den sächsischen Hochschulen zu fördern, fordern wir **digitale Systeme bereitzustellen, die die**

**Kommunikation mit und zwischen den Hochschulen sowie das Bearbeiten von Dokumenten vollständig papierfrei ermöglichen.**

Die sächsischen Hochschulen sollten ihre Mitarbeitenden verstärkt hinsichtlich der Nutzung von digitalen Systemen sensibilisieren und Formulare, wo immer möglich, auf digitale Formate umzustellen. Dabei ist es wichtig, den tatsächlichen Nachhaltigkeitsgewinn von digitalisierten Prozessen kritisch zu hinterfragen und Maßnahmen zur Reduzierung des Stromverbrauchs der Rechenzentren sowie der technischen Geräte zu ergreifen.

Wir fordern zudem ein generelles Überdenken des Reiseverhaltens. Die Notwendigkeit der Reise, Reisezeit und Reisedistanz sind kritisch auf ihre Verhältnismäßigkeit zu prüfen, außerdem ist auf innerdeutsche Flüge zu verzichten. Als umweltfreundliche Alternative zu Dienstreisen soll die Digitalisierung von Meetings und Konferenzen sowie die dafür notwendige Ausstattung gefördert werden. Ein Kompensationskonzept für durch Reisen entstehende CO<sub>2</sub>-Äquivalente muss erarbeitet werden und dessen Mehrkosten bei der Wahl der Transportmittel berücksichtigt werden. Um diesen Prozess zu unterstützen, sollen Weiterbildungen sowie Informations- und Diskussionsformate etabliert werden, um das Bewusstsein für ökologische und soziale Kriterien zu stärken.

**Klimagerechtigkeit in der Forschung und dem gesellschaftlichen Engagement von Hochschulen**

Wir fordern einen verstärkten Fokus auf die Erforschung von Transformationskonzepten zur Bekämpfung der Klimakrise. Da Forschungstransfer innerhalb der Hochschulen beginnt, erwarten wir, dass die Hochschulen mit der Umsetzung ihrer eigenen Erkenntnisse und praktischen Anwendung starten - auch als ein Vorbild.

Forschung und Lehre müssen mehr Diversität und Geschlechtergerechtigkeit berücksichtigen. Frauen und andere marginalisierte Geschlechter sind oft unterrepräsentiert in der Forschung und in Führungspositionen, was zu einem Ungleichgewicht in der Wahrnehmung von Forschungsthemen und der Entwicklung von Lösungsansätzen führen kann. Wenn Frauen und andere marginalisierte Geschlechter nicht angemessen in die Forschung einbezogen werden, kann dies zu einer Verzerrung der Forschungsergebnisse und einer ungleichen Verteilung von Ressourcen und Chancen führen. Die Förderung von Geschlechtergerechtigkeit in der Forschung kann dazu beitragen, dass eine größere Vielfalt an Perspektiven und Erfahrungen in die Entwicklung von Lösungsansätzen einfließt. Um mehr Diversität und Geschlechtergerechtigkeit in Forschung und Lehre zu erreichen, müssen gezielt Maßnahmen ergriffen werden. Dazu zählen unter anderem die Förderung von diversen Karrierewegen in der Wissenschaft, die Schaffung von Chancengleichheit und die Reduktion von struktureller Diskriminierung. Auch die Integration von Diversität und Geschlechtergerechtigkeit als Dimension in einem Leitbild für Lehre und in Forschungsprojekten ist wichtig, um das Bewusstsein dafür zu schärfen und die Bedeutung dieser Themen hervorzuheben.

Hochschulen sollten in Bezug auf die Klimakrise nicht nur als Ort für Bildung, Lehre und Forschung betrachtet werden, sondern auch als wichtige Stakeholder in der Politikberatung sowie im gesellschaftlichen Diskurs. Sie liefern wichtige wissenschaftliche Erkenntnisse und Warnungen, die regelmäßig auf die politische Agenda gesetzt werden sollten. Die Rolle der Forschenden und Wissenschaftler\*innen

als Expert\*innen und Vermittler\*innen von Wissen über die Klimakrise ist dabei von großer Bedeutung. Um diese Rolle auszufüllen, sollten Hochschulen sich stärker in der Gesellschaft engagieren, Wissensvermittlung betreiben und wissenschaftsfeindlichen Positionen klar entgegentreten. Hierzu müssen sie

**Wissenschaftskommunikationsstrukturen aufbauen oder bestehende Strukturen erweitern .**

Sie sollen Forschenden unterstützend und beratend zur Seite stehen. Darüber hinaus sollten Hochschulen auch ihre Wissenschaftler\*innen vor möglichen Anfeindungen aus dem rechten oder verschwörungsideologischen Milieu schützen, falls diese in ihrer Funktion als Forschende öffentlich auftreten.

**Die Einführung und Unterstützung von wissenschaftlich kuratierten Ausstellungen, Diskussionen und öffentlichen Veranstaltungen wie der Public Climate School (PCS) ist** ein weiterer wichtiger Schritt, um das Bewusstsein für die Klimakrise in der Gesellschaft zu schärfen und das Engagement der Hochschulen für eine klimagerechte Zukunft zu stärken. Insbesondere das Format der PCS bietet die einmalige Chance, den Austausch zwischen Stadtgesellschaft und Menschen aus der umliegenden Region und der akademischen Welt von Studierende, Promovierenden und Forschenden zu fördern. Dadurch können sich Interessierte unabhängig von ihrem Zugang zu Bildung mit Klimagerechtigkeit auseinandersetzen. Außerdem können sich durch Diskussionen aller Beteiligten zu den aktuellen Themen der Nachhaltigkeit wichtige politische Forderungen und Projekte ergeben.

#### **Studieninhalte und Studierende**

Wir fordern ein Studium, das neben dem Erwerb von akademischem Fachwissen der Persönlichkeitsentwicklung als Keimzelle einer progressiven Gesellschaft dient. Die Transformation unserer Gesellschaft wird jeden Bereich unseres Lebens erfassen und bedeutend verändern. Deswegen brauchen wir junge Hochschulabsolvent\*innen aller Fächer, die – im Zuge ihres akademischen Bildungswegs – auf diese Prozesse vorbereitet wurden. Deshalb fordern wir die **Ausweitung von Lehr- und Studienangeboten, die sich mit der Klimakrise auseinandersetzen und sowohl fachspezifische als auch interdisziplinäre Perspektiven auf das Thema beleuchten.** Generell soll Bildung für nachhaltige Entwicklung in den Curricula Eingang finden. **Mit der Hochschulentwicklungsplanung 2025+ besteht die Chance, das Thema Nachhaltigkeit als strategisches Ziel zu verankern. Daraus muss folgen, dass neue Studienangebote an den sächsischen Hochschulen geschaffen werden, die sich auf die Klimakrise und nachhaltige Entwicklung fokussieren.** So wird in Sachsen die nächste Generation von Fachleuten und Führungskräften ausgebildet, die die Zukunft mitgestalten werden. Dies wird auch ein Beitrag sein, um Sachsen als attraktiven Studienstandort für zukünftige Studierende zu präsentieren, da das Interesse und die Wichtigkeit von Klimagerechtigkeit in den nächsten Jahren weiter steigen wird.

Wir wissen, dass die Hochschule ein Ort ist, an dem sich Studierende treffen, austauschen und sich weiterentwickeln können. Deshalb ist es wichtig, dass im Zuge der Transformation zum klimagerechten Campus auch die **psychosozialen**

**Beratungsangebote ausgebaut werden**, um der mentalen Belastung entgegenzuwirken, die die Klimakrise verursachen kann.

#### **Studierendenwerke, Wohnen und Mobilität**

Im Herbst forderte der Dachverband der Deutschen Studierendenwerke eine Vorreiterrolle in Sachen Klimaneutralität ein und betonte ihre wichtige Rolle als Multiplikator für Klimagerechtigkeit. Die Studierendenwerke haben viele Stellschrauben, die für die Transformation der Hochschulen und des Alltags der Studierenden eine fundamentale Rolle spielen. Generell fordern wir dazu eine ausreichende Ausfinanzierung durch das Land, um zur klimagerechten Gestaltung der Angebote der Studierendenwerke beizutragen. Da Mensen einen großen Anteil an den CO<sub>2</sub>-Emissionen der Studierendenwerke haben, fordern wir generell die stetige Verbesserung der Mensen in allen Nachhaltigkeitsaspekten. Wir möchten somit eine nachhaltige und verantwortungsbewusste Mensakultur etablieren, indem u. a. **mehr auf Vermeidung von Plastikmüll und Recyclingaspekte geachtet wird**.

Die effektive Reduzierung von Lebensmittelverschwendung in den Mensen ist ein Ziel. Wir setzen uns dafür ein, dass **übrige Gerichte und Zutaten kostenlos abgeholt und weiterverwendet werden können**. Zudem soll mittels Umfragetools die Angebotsplanung und der ressourcensparende Einkauf optimiert werden. Eine Infokampagne gegen Lebensmittelverschwendung ist ein erster wichtiger Schritt, um Bewusstsein zu schaffen und das Problem anzugehen - dies wollen wir fördern.

Das Essensangebot in den Mensen ist der wichtigste Einflussfaktor mit Blick auf eine nachhaltige Gesellschaft. So soll beim Einkauf der Zutaten auf Regionalität und Saisonalität der Produkte geachtet werden. Wenn möglich, soll ein Bio-Angebot zur Verfügung gestellt werden. Eine verstärkte Förderung des veganen Angebots und eines bewussteren Einkaufs der Zutaten in den Mensen der Hochschulen trägt dazu bei, den Fleischkonsum zu reduzieren und damit die Treibhausgasemissionen zu senken. Darüber hinaus kann die Förderung des veganen Angebots auch dazu beitragen, die Gesundheit der Studierenden zu verbessern und das Bewusstsein der Studierenden für nachhaltige Ernährung und den ökologischen Fußabdruck ihrer Ernährungsgewohnheiten zu fördern. Zur Verbesserung dieses Bewusstseins ist es auch besonders wichtig, die CO<sub>2</sub>-Bilanzen der Speisen zu berechnen und zu veröffentlichen. Es ist von großer Bedeutung, dass positive Anreize für den Verzehr von veganen Gerichten in den Mensen geschaffen werden, ohne dabei das tierische Angebot zu verbieten oder zu verteuern. Somit wird verhindert, dass nur Studierende mit höherem Einkommen der Fleischkonsum ermöglicht wird. Wir setzen uns für vergünstigte Preise für vegane und vegetarische Mahlzeiten in allen Mensen ein.

Auch im Bereich studentisches Wohnen bleibt viel zu tun. Die **Wohnangebote der Studierendenwerke sollten schneller klimaneutral gestaltet werden**, beispielsweise durch den Einsatz von Photovoltaikanlagen auf Dächern von Wohnheimen. Hier sind weitere Investitionen in die Wohninfrastruktur erforderlich, die nicht zu Lasten der Student\*innen gehen dürfen.

Ohne nachhaltige Mobilität wird das Ziel der klimaneutralen Hochschule nicht erreichbar sein. Das 9-Euro- Ticket hat gezeigt, wie einfach Mobilität mit dem regionalen ÖPNV sein kann, ohne Tarifdschungel und komplizierte Tarifzonen. Das Ticket hat zudem viele Studierende beim Semesterbeitrag finanziell entlastet. Mit dem Deutschlandticket besteht jetzt die Chance, die Vorteile weiterhin zu nutzen.

269 Zugleich geraten die Semestertickets, die über ein Solidarmodell organisiert werden,  
270 unter Druck. Wir fordern die Schaffung eines **bundesweiten Semestertickets im**  
271 **Solidarmodell**, das den Preis von 29 Euro pro Monat nicht übersteigt.

272

273



## **Antrag G08: Für eine moderne Psychotherapiepraxis: Ergänzung der Ziele des Studiums zur Erlangung einer Approbation für Psychotherapie um Diskriminierungssensibilisierung und Sensibilisierung für queere Bedürfnisse**

**Status:**

**Annahme**

- 1 *Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen und an den Bundesparteitag der*  
2 *SPD sowie die SPD-Landtagsfraktion weiterleiten:*
- 3 Die Sensibilisierung für Diskriminierungserfahrungen ist von entscheidender Bedeutung  
4 für eine moderne Psychotherapiepraxis und die angemessene Behandlung von  
5 Patient\*innen, die marginalisierten Gruppen angehören. Diskriminierung umfasst dabei  
6 unter anderem Rassismus, Queerfeindlichkeit, Sexismus, Klassismus und Ableismus. Das  
7 Curriculum der Approbationsstudiengänge „Psychotherapie“ muss um Lehrveranstaltungen  
8 zu den Themen Diskriminierung und intersektionale Identitäten erweitert werden und  
9 auch Themen wie Stigmatisierung umfassen. Ein Schwerpunkt soll auf der Entwicklung  
10 von Kompetenzen zur Kommunikation, Empathie und Vertrauensbildung mit Klient\*innen  
11 aus marginalisierten Gruppen liegen. Weiterhin muss Wissen darüber vermittelt werden,  
12 wie Diskriminierungserfahrungen zur Entwicklung psychischer Störungen beitragen und  
13 welche spezifischen Therapieanliegen daraus entstehen.
- 14 Die Sensibilisierung für Diskriminierungserfahrungen muss daher folgerichtig in den  
15 Zielen des Studiums zur Erlangung einer Approbation für Psychotherapie wie folgt  
16 verankert werden:
- 17 Unter § 7 PsychThG (Ziel des Studiums, das Voraussetzung für die Erteilung einer  
18 Approbation als Psychotherapeutin oder Psychotherapeut ist) soll ein neunter Punkt  
19 (unter der Ziffer 4.) ergänzt werden.
- 20 (3) Das Studium befähigt insbesondere dazu,  
21 ...
- 22 9. Diskriminierungserfahrungen von Patient\*innen in der Therapie fachkundig und  
23 sensibel aufzugreifen, und das eigene therapeutische Handeln auf Diskriminierung zu  
24 reflektieren.

## Antrag K11: In Zukunft investieren

|         |         |
|---------|---------|
| Status: | Annahme |
|---------|---------|

1 *Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen:*

2 Die Bundesrepublik Deutschland befindet sich in einer historischen Krisensituation.  
3 Neben den Folgen des russischen Angriffskrieges, die die Bundesregierung entschlossen  
4 mit hohen Finanzmitteln bekämpft, gibt es weitere Zukunftsherausforderungen, die zu  
5 bewältigen sind. Um die Klimakatastrophe noch abzuwenden, benötigen wir eine  
6 Transformation der Wirtschaft hin zu einer Dekarbonisierung. Um die Zukunft gestalten  
7 zu können, müssen wir das Land digitalisieren. Um unseren Wohlstand erhalten zu  
8 können, brauchen wir Lösung für den demografischen Wandel.

9 Als Sozialdemokratie muss es dabei oberstes Ziel sein, den Sozialstaat fit für die  
10 Zukunft zu machen. Die aktuell zur Verfügung stehenden Mittel der öffentlichen Hand  
11 reichen nicht aus, um die genannten Herausforderungen zu bewältigen. Unser Land ist  
12 strukturell unterfinanziert, solange wir von der Schuldenbremse gefesselt werden.  
13 Gleichzeitig sind in den letzten Jahren, trotz Krisen, die Vermögen der Reichen und  
14 Superreichen weiter gewachsen. Die Schieflage von Wohlstand und Chancen hat sich  
15 weiter verschärft.

16 Wir benötigen daher dringender denn je eine Zeitenwende auch in der deutschen Finanz-  
17 und Steuerpolitik!

18 Die Vermögensungleichheit in Deutschland ist mittlerweile so hoch, dass sie eine  
19 Gefahr für unser demokratisches System bedeutet. Aktuell besitzt das reichste 1  
20 Prozent der Deutschen 35,3 Prozent aller Vermögenswerte. Allein die zwei reichsten  
21 Familien besitzen so viel Vermögen wie die ärmere Hälfte der Bevölkerung. Einer der  
22 Hauptgründe, weshalb die ungleiche Verteilung von Vermögen in Deutschland immer  
23 weiter steigt, ist die unzureichende Besteuerung von Erbschaften und Schenkungen.  
24 Aber auch, dass die Vermögen in Deutschland kaum besteuert werden, führt dazu, dass  
25 Deutschland im Euroraum zu den Spitzenreitern in Sachen Vermögensungleichheit gehört.  
26 Deswegen fordern wir:

- 27 • Eine einfach und klar strukturierte sowie progressive Erbschaftssteuer  
28 ausgestaltet als Bundessteuer, die eine Abschaffung von Steuerprivilegien und  
29 Gestaltungsmöglichkeiten für Superreiche vorsieht. Intensiver Steuergestaltung,  
30 wie bei Stiftungen häufig der Fall, muss ein Riegel vorgeschoben werden.

- 31  
32  
33  
34 • die einmalige Erhebung einer Vermögensabgabe, um schnellstmöglich in die  
35 Finanzierung unserer Zukunft einzusteigen. Grundsätzlich stehen wir auch einer  
36 Vermögensteuer offen gegenüber. Da wir uns aber für eine konsequente Besteuerung  
37 von Erbschaften einsetzen, sehen wir diese als zweitrangig an. Eine  
38 Erbschaftsteuer nach unseren Vorstellungen verhindert, dass sich Vermögen über  
39 Generationen immer weiter ansammeln und die Startchancen von Kindern nachhaltig  
40 verzerren. Außerdem würde eine Vermögensteuer den einzelnen Ländern zustehen. Da  
41 es in Sachsen kaum signifikante Vermögen gibt, würde der Freistaat von ihrer

Einführung kaum profitieren. Stattdessen käme es zu einer stärkeren Verzerrung der finanziellen Stärke der Bundesländer. Sollte die Reform der Erbschaftssteuer jedoch nicht gelingen oder sollte sie die gewünschten Effekte nicht erzielen, wird auch hierüber neu diskutiert werden müssen.

Aber nicht nur Privatpersonen haben von den Krisen der letzten Jahre profitiert. Auch Großkonzern können sich durchaus zu den Krisengewinnern zählen. Nicht zuletzt durch die Energiekrise, die auf den russischen Angriff auf die Ukraine folgte, haben wir enorme Profitsteigerungen insbesondere bei Energieunternehmen feststellen können. Deswegen hat sich sowohl die Partei als auch die SPD-Bundestagsfraktion bereits für eine Übergewinnsteuer für Krisengewinner ausgesprochen. Ein Solidaritätsbeitrag für 2022 und 2023 wurde im Rahmen des Jahressteuergesetzes als Umsetzung der EU-Richtlinie verabschiedet.

Auch nach 2024 brauchen wir solch eine Übergewinnsteuer, die deutlich schärfer sein sollte als der EU-Solidaritätsbeitrag. Wir fordern daher, Zugewinne von Unternehmen zu besteuern, die durch außergewöhnliche Umstände profitiert haben.

Als Sozialdemokratie sehen wir aber auch großen Handlungsbedarf, um kleinere und mittlere Einkommen zu entlasten und so die Privathaushalte fit für die Zukunft zu machen. Es kann nicht sein, dass wir in Deutschland teilweise Arbeit höher besteuern als Einkünfte aus Kapitalerträgen. Deswegen fordern wir:

- die Einkommensteuer insbesondere auf kleinere und mittlere Einkommen zu senken. Um dies zu finanzieren, führen wir eine Transaktionssteuer ein.
- Das Mehrwertsteuersystem zu reformieren, sodass insbesondere Waren des täglichen Bedarfs günstiger und Privilegien für Luxusartikel abgeschafft werden. Die Besteuerung sollte auch den Nachhaltigkeitsaspekt berücksichtigen.
- die schnelle Einführung von Direktzahlung an die Bürger:innen, damit diese von der CO2-Bepreisung entlastet und Krisenzeiten zielgenau unterstützt werden können.

In den letzten Jahren gab es nicht nur eine Vermögensverteilung von unten nach oben, sondern auch eine Verteilung von legal nach illegal. Steuergerechtigkeit ist daher ein wichtiges Anliegen. Wir müssen konsequent gegen Steuerhinterziehung, Steuervermeidung und Steuerbetrug vorgehen. Deswegen fordern wir:

- eine bessere Ausstattung und mehr Befugnisse für Aufsichts- und Ermittlungsbehörden.
  - die schnelle Einführung einer E-Rechnung in Verbindung mit Real-Time-Reporting, um Umsatzsteuerbetrug zu bekämpfen.
- die Stärkung des Zolls, damit besser gegen Schmuggel, Sozialversicherungsbetrug und die Nichtzahlung von Mindestlöhnen vorgegangen werden kann.

86  
87  
88  
89  
90  
91  
92  
93  
94  
95  
96  
97  
98  
99  
100  
101  
102  
103  
104  
105  
106  
107  
108  
109  
110  
111  
112  
113  
114  
115  
116  
117  
118  
119  
120  
121  
122  
123  
124  
125  
126  
127  
128  
129

130  
131  
132  
133  
134  
135  
136  
137  
138  
139  
140  
141  
142  
143  
144  
145  
146  
147  
148  
149  
150  
151  
152  
153  
154  
155  
156  
157  
158  
159  
160  
161  
162  
163  
164  
165  
166  
167  
168  
169  
170  
171  
172  
173  
174

175  
176  
177  
178  
179  
180  
181  
182  
183  
184  
185  
186  
187  
188  
189  
190  
191  
192  
193  
194  
195  
196  
197  
198  
199  
200  
201  
202  
203  
204  
205  
206  
207  
208  
209  
210  
211  
212  
213  
214  
215  
216  
217  
218  
219

220  
221  
222  
223  
224  
225  
226  
227  
228  
229  
230  
231  
232  
233  
234  
235  
236  
237  
238  
239  
240  
241  
242  
243  
244  
245

## Antrag K12: Daseinsvorsorge – Da sein für Alle

Status: Annahme

1 *Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen:*

2 Aufstehen, duschen, mit der Bahn zur Arbeit, nach der Arbeit in die Bücherei –  
3 öffentliche Daseinsvorsorge betrifft jede:n täglich. Die Bedeutung der öffentlichen  
4 Daseinsvorsorge ist zukunftsweisend und wird in den nächsten Jahren wachsen. Eine  
5 gute Aufstellung der Kommunen als Hauptträger der öffentlichen Daseinsvorsorge ist  
6 daher unerlässlich und fordert einigen Nachholbedarf. Ob ÖPNV, Katastrophenschutz,  
7 Energieversorgung, Wohnen oder Digitalisierung – die Aufgaben des Landes und der  
8 Kommunen sind umfangreich und fordern gerade in Ostdeutschland große Anstrengungen,  
9 um auch in den nächsten Jahren lebenswerte Verhältnisse in Sachsen vorfinden zu  
10 können.

### 11 Öffentliche Daseinsvorsorge zurück in staatliche Hand

12 Kommunen sind die Hauptträger der öffentlichen Daseinsvorsorge. Massenhafte  
13 Privatisierungen in den 90er-Jahren rächen sich jetzt bei den Kommunen.  
14 Wohnungsgesellschaften in privater Hand, auf Profit ausgerichtet, fördern den  
15 Wohnungsmangel, lassen die Preise ins Unermessliche wachsen und unterstützen den  
16 strukturell benachteiligenden Wohnungsmarkt.

17 Ziel ist es also privatisierte Güter der Daseinsvorsorge wieder in staatliche Hand  
18 zurückzuführen (Rekommunalisierung). Dazu zählen unter anderem auch die  
19 Energieversorgung, Versorgung mit Wasser und Entsorgung. Bund und Land müssen dafür  
20 die finanziellen Voraussetzungen für die Kommunen schaffen.

21 Wir fordern daher:

- 22 • der Freistaat unterstützt und fordert die Schaffung eines bundesweiten  
23 Rekommunalisierungsprogramms
- 24 • der Freistaat unterstütz Kommunen beim (Rück-)Kauf von Wohnungen und  
25 Wohnungsgesellschaften
- 26 • das Verbot von Privatisierungen von staatlichen Gütern der Daseinsvorsorge –  
27 auch für unter Druck geratene Kommunen
- 28 • die Entschuldung von Altschulden kommunaler Gesellschaften, Wohnungsunternehmen,  
29 Stadtwerken und anderen Eigenbetrieben
- 30 • die Beteiligung von Kommunen an genossenschaftlichen Projekten

### 31 Kommunen Sicherheit geben – Finanzierung sicherstellen

32 Sächsische Kommunen sind mitunter stark verschuldet. Finanzielle Probleme nehmen die  
33 Kommunen in Geiselschaft und verhindern die Weiterentwicklung dieser. Ein Großteil der  
34 Kommunen kann ohne Fördermittel keine wichtigen Projekte vorantreiben – vielerorts  
35 fehlen sogar die Eigenmittel, um an Förderprogrammen teilzunehmen. Kaputte Straßen  
36 und marode Einrichtungen sind dabei nur die Spitze des Eisberges. Freiwillige  
37 Aufgaben der Kommunen sind nicht leistbar – was Gemeinden lebenswert macht, kann  
38 schlichtweg nicht bezahlt werden. Von kommunaler Selbstverwaltung kann in den meisten  
39 Gemeinden keine Rede mehr sein.

40 Gespart wird in erster Linie an Dingen, die vor allem der Allgemeinheit zu Gute



kommen. So müssen Schüler:innen unter katastrophalen Bedingungen lernen, die Streetworker:innen wissen nicht, wie lang sie noch arbeiten können, Kultur findet nicht statt und die Straßen sind eine Gefahr für Auto- und Fahrradfahrer:innen.

Gemeinden sind ebenfalls an der Finanzierung der Kitabetreuung beteiligt. Dieser Anteil steigt von Jahr zu Jahr. Klamme Kommunen müssen dadurch von Eltern die oberste Grenze des gesetzlich vorgeschriebenen Elternanteils fordern. Finanzielle Probleme in Kommunen belasten also direkt Eltern und junge Familien.

Wenn Räume für junge Menschen fehlen und sich das kulturelle Leben Stück für Stück verabschiedet, besetzen rechte Kräfte diese fehlenden Angebote. Kommunen können sich nicht wahren, wenn rechte Gruppierungen entscheidende Objekte der Gemeinde aufkaufen und Siedlerprojekte etablieren wollen.

Wir fordern daher:

- einen Altschuldenschnitt für alle Kommunen, um deren Handlungsfähigkeit wiederherzustellen.
- ein kommunales Vorkaufsrecht sowie die Schaffung eines sächsischen Förderprogramms, damit Kommunen dieses Vorkaufsrecht auch finanziell umsetzen können.
- die Aufnahme und Finanzierung von sogenannten „freiwilligen Aufgaben“ in die Liste der Pflichtaufgaben, insbesondere kulturelle und Kinder- und Jugendarbeit.
- die Erhöhung des Landeszuschusses zur Kitabetreuung mit dem Ziel der Entlastung der Kommunen und Eltern.
- dass bei Fördermittelprogrammen auf die Nachhaltigkeit der Mittel geachtet wird.

Ziel der finanziellen Eigenständigkeit der Kommunen muss sein, dass Fördermittel ergänzend wirken und nicht Haupteinnahmequelle für die Entwicklung der Gemeinde sind.

Um die finanziellen Voraussetzungen des Freistaates für diese Forderungen zu schaffen, fordern wir die Abschaffung der Schuldenbremse sowie eine Investitionsoffensive in die kommunale Infrastruktur.

### **Was tun, wenn es zur Katastrophe kommt? – Katastrophenschutz ausbauen – Ehrenamt stärken!**

Waldbrände, spontane Überflutungen, lange anhaltende Trockenzeiten – all das haben wir in den letzten Jahren immer häufiger gehört. Die Folgen des menschengemachten Klimawandels kann man auch in Sachsen nicht leugnen. Der Katastrophenschutz kämpft hier an erster Stelle gegen diese bedrohlichen Situationen. Doch auch bei den freiwilligen Feuerwehren und dem Katastrophenschutz fehlt es an Geld – und an Ehrenamtlichen. Immer wieder wird das gleiche ehrenamtliche Personal strapaziert.

Ehrenamtliche halten den Katastrophenschutz über Wasser. Neben dem „klassischen Einsatz“ finden viele Dienste zum Erhalt der Strukturen vor Ort statt. Viele Gebäude haben einen enormen Investitionsstau und können den Voraussetzungen der modernen Technik nicht gerecht werden. Fahrzeuge des Katastrophenschutzes und der Feuerwehren könnten ohne Probleme ein Oldtimer-Kennzeichen tragen und sind dennoch im Einsatz.

Um den Katastrophenschutz zu stärken fordern wir:

- eine ausreichende Finanzierung von freiwilligen Feuerwehren und Einheiten des Katastrophenschutzes, um Gebäude und Technik auf den neusten Stand bringen zu

können.

- zentrale Sammelbestellungen von Fahrzeugen und Technik zur organisierten und preiswerteren Beschaffung.
- Eine angemessene Angleichung der Entschädigung von Feuerwehren in Sachsen und die Überprüfung, ob auch andere Einheiten der Katastrophenschutzes Aufwandsentschädigungen zusätzlich zu Freistellungs- und Lohnfortzahlungs- bzw. Verdienstausschüttungen erhalten können.
- Die Prüfung einer Anrechnung der Tätigkeit im Katastrophenschutz oder bei Freiwilligen Feuerwehren auf steuerfinanzierte Rentenpunkte oder unterstützende Vorsorgekonzepte, die solche ehrenamtlichen Tätigkeiten unterstützen.
- die Vergrößerung der Attraktivität für ehrenamtliches Engagement durch den Freistaat.
- die Schaffung eines Bildungsurlaubs zur Weiterbildung der Ehrenamtlichen, auch außerhalb der Freizeit.

#### **Daseinsvorsorge heißt Beteiligung**

Entscheidungen, die im Sinne der Daseinsvorsorge getroffen werden, gelten immer der Allgemeinheit. Aktuell werden bei Maßnahmen der Kommunen nur sehr selten besondere Interessengruppen berücksichtigt. Dabei trifft es diese mitunter maßgeblich. Die sächsische Gemeindeordnung ermöglicht es Kommunen, beratende Beiräte zu gründen. Diese können zum Beispiel Seniorenbeiräte, Umweltbeiräte oder ähnliche sein. Die Mitglieder werden zum sachkundigen Einwohner berufen und beraten die Bürgermeister:innen und Gemeinderät:innen zu ihren spezifischen Themen. Auch für Jugendliche sieht die Sächsische Gemeindeordnung eine Beteiligung vor. Die geringe Anzahl an solchen Gremien und Beteiligungsformaten auf kommunaler Ebene zeigt, wie selten die Bestimmungen der Gemeindeordnung umgesetzt werden.

Darüber hinaus sind Elemente von Open-Government und E-Partizipation in Sachsens Kommunen stärker zu betrachten und in Zukunft zu fördern. Die Möglichkeiten der digitalen Beteiligung für Bürger:innen sind dabei im Freistaat Sachsen für die Kommunen u.a. in Form des Beteiligungsportal Sachsen (<https://buergerbeteiligung.sachsen.de>) zu finden. Der Freistaat hat für die Bürger:innen eine Plattform geschaffen, die von den kommunalen Entscheidungsträger:innen genutzt und angewendet werden sollte. Zusätzlich sind kommunale Beteiligungsportale zu fördern und mit Schnittstellen zum sächsischen Portal auszustatten.

Auch die Entscheidung über Teile der Finanzen ist innerhalb der Kommune möglich. Bürger:innenhaushalte geben den Menschen vor Ort die Möglichkeit, sich mit eigenen Ideen und Vorschlägen in die Entwicklung der Gemeinde einzumischen. Bisher wird auch diese Form der Beteiligung selten von sächsischen Gemeinden genutzt.

Wir fordern daher:

- die Verpflichtende Einführung von Bürger:innenhaushalten in Gemeinden und Landkreisen, nach dem Vorbild der Bürger:innen-Budgets in Kommunen wie Jena und Augustusburg.
- die verpflichtende Einführung von Jugendbeteiligung in Gemeinden (vgl. §47a SächsGemO - hin zu einer verpflichtenden Bestimmung).

- Anreize für Kommunen zu schaffen, um beratende (Fach-)Beiräte zu gründen.
- den Ausbau der digitalen Bürger:innen-Beteiligung in den sächsischen Kommunen und die Einführung von Open-Government-Elementen in Städten, Gemeinden und Landkreisen.

#### **Internet an jeder Milchkanne? – Unbedingt!**

Daseinsvorsorge ist im ständigen Wandel. Auch wenn man es in Sachsen noch nicht überall merkt – Digitalisierung ist Teil der Daseinsvorsorge. Mit einem vollständig geförderten Breitbandausbau wurden die ersten richtigen Schritte gegangen. Doch Ein Glasfaserkabel vor der Haustür ist noch lange keine gelungene Digitalisierung.

Viele Behördengänge ließen sich bereits jetzt online erledigen – stattdessen wartet man in Ballungsräumen mehrere Monate auf einen Termin im Bürgerbüro, im ländlichen Raum haben Bürgerbüros zum Teil nur an einem Vormittag der Woche geöffnet.

Um die Digitalisierung voranzutreiben fordern wir:

- der Ausbau der KISA, als kommunaler IT-Dienstleister im Freistaat Sachsen und die Erarbeitung eines Förderprogrammes für die sächsischen Kommunen, um einheitliche Anwendungen, Dienste und IT-Standards durchzusetzen und Schnittstellen einheitlich zu gestalten.
- Investitionen in die Digitalisierung der Kommunen und die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG), um den Bürger:innen den gesetzlich zugesicherten digitalen Zugang flächendeckend zur Verfügung zu stellen. Dabei sind die Kommunen in der Pflicht, ihre Aufgabenerfüllung wahrzunehmen und die Verwaltungsprozesse zu modernisieren sowie eine „Ende-zu-Ende-Digitalisierung“ einzuführen. Die IT-Standards des IT-Staatsvertrages sind dabei zu verwenden, um Mehraufwand für einzelne Kommunen zu reduzieren.
- Investitionen in die Digitalisierung von Schulen, auch über den Digitalpakt hinaus.
- den stetigen Ausbau der Glasfasernetze in Sachsen, um alle Bürger:innen eine gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen.

Die Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge sind umfangreich und stellen den Freistaat und im Besonderen die Kommunen vor immense Probleme. Nur mit gut aufgestellten und gut finanzierten Kommunen können wir Sachsen in Zukunft entwickeln. Fehlen immer mehr Mittel in der öffentlichen Daseinsvorsorge, werden immer mehr junge und progressive Menschen das Land verlassen. Dies gilt es zu verhindern.

## Antrag M03: Pflanzliche Ersatzprodukte fair besteuern

|         |         |
|---------|---------|
| Status: | Annahme |
|---------|---------|

- 1 Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen und an den Bundesparteitag und
- 2 die SPD-Bundestagsfraktion weiterleiten:
- 3 Die Liste der Artikel mit vermindertem Mehrwertsteuersatz soll reformiert werden. Wir
- 4 fordern eine Senkung der Mehrwertsteuer bei pflanzlichen Lebensmitteln auf 7%.
- 5 Langfristig ist jedoch eine grundlegende Reform des Mehrwertsteuersystems nötig. Die
- 6 derzeit vielfältigen und verschiedensten Begünstigungen folgen keiner Lenkungswirkung
- 7 mehr und unterliegen keiner systematisch Logik. In der Reform sollen stattdessen
- 8 Kriterien wie Nachhaltigkeit und Gesundheitsförderung bei der Bestimmung des
- 9 Steuersatzes für ein Produkt berücksichtigt werden.

## Antrag M07: Junge Menschen müssen mobil sein - in Stadt und Land

Status: Annahme

1 Neuer Titel:

### 2 Menschen müssen mobil sein - in Stadt und Land

3 *Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen:*

4 Abseits der Großstädte sind junge Menschen viel zu oft auf das Auto als  
5 Verkehrsmittel angewiesen. Auf dem Weg zur Schule, zum Kino oder zum nächsten Bahnhof  
6 ist ohne die Eltern und deren Auto meist nichts möglich. Dabei sind gerade bei  
7 solchen Fahrten nie alle Plätze im Auto besetzt. Das ist nicht nur ineffizient,  
8 sondern schafft auch Ungerechtigkeiten zwischen jungen Menschen im ländlichen Raum  
9 und den Großstädten, da es die gesellschaftliche Teilhabe für junge Menschen ohne  
10 eigenes Auto oder Eltern mit Auto einschränkt.

#### 11 **Vom Grundrecht auf Mobilität zum kostenlosen Bildungsticket für alle jungen Menschen**

12 Wir verstehen **Mobilität als Grundrecht** für alle. Der ÖPNV ist Teil der öffentlichen  
13 Infrastruktur und es bedarf einer dauerhaften auskömmlichen Finanzierung. Gerade  
14 junge Menschen sind auf einen gut ausgebauten ÖPNV in Stadt und Land angewiesen.  
15 Mobilität ermöglicht gesellschaftliche Teilhabe. Bus und Bahn bringen uns in die  
16 Schule, zur Uni oder in den Betrieb. Nur wer mobil ist, kann sich mit Freund\*innen  
17 treffen, zur nächsten Demo fahren oder eine Kultureinrichtung besuchen. Mobilität hat  
18 damit einen gewichtigen sozialen Faktor im Leben junger Menschen.

19 Wir setzen uns als SPD daher für eine vergünstigte Version des Deutschlandtickets für  
20 Schülerinnen und Schüler, Auszubildende und Freiwilligendienstleistende im Umfang von  
21 29 Euro pro Monat ein. Um einen Flickenteppich zu vermeiden, streben wir hier eine  
22 bundeseinheitliche Lösung an. So eine Lösung braucht es auch bei der Schaffung eines  
23 bundesweiten Semestertickets im Solidarmodell für Studierende.

24 für alle Schüler\*innen, Student\*innen, Azubis und Freiwilligendienstleistende „sowie  
25 für Rentner\*innen und Menschen, die Sozialhilfe empfangen sowie Menschen mit  
26 festgestellter Schwerbehinderung. Dieses

27

soll, angelehnt an das derzeitige 49-Euro-Ticket, bundesweit im ÖPNV nutzbar sein.

#### 28 **Mobilität muss auch ohne Auto möglich sein - flächendeckender ÖPNV in Sachsen**

29 Ein funktionierender ÖPNV ist für uns integraler Bestandteil der öffentlichen  
30 Daseinsvorsorge und muss in ganz Sachsen bereitgestellt werden, sowohl am Tag als  
31 auch in der Nacht. Im Sinne gleichwertiger Lebensverhältnisse ist es für uns  
32 essenziell, dass es im gesamten Freistaat ein flächendeckendes ÖPNV-Angebot gibt.  
33 Gesellschaftliche Teilhabe hängt für Menschen in einem Flächenland zentral von der  
34 Möglichkeit ab, ob sie unabhängig und eigenständig sowohl zwischen städtischen  
35 Ballungsräumen und dem Umland, als auch innerhalb ländlicher Regionen mobil sein  
36 können. Dabei sind intelligente und aufeinander abgestimmte, **multimodale**  
37 **Mobilitätslösungen** notwendig. Das ÖPNV-Angebot von Bussen, Bahnen und S-Bahnen muss

so getaktet werden, dass ein reibungsloser Verkehr auch über die Grenzen der Verkehrsverbünde hinweg möglich ist. Für die dringend notwendige **Verkehrswende** braucht es langfristig eine Überwindung des derzeitigen Tarif- Flickenteppichs im Freistaat, welcher durch die insgesamt fünf verschiedenen Verkehrsverbünde verursacht wird. Wir unterstützen daher auch weiterhin die **Einführung einer sächsischen Landesverkehrsgesellschaft** für die Bereitstellung überregionaler Verkehrsangebote mit einem Gesamtblick auf ganz Sachsen. Klar ist für uns aber ebenso, dass eine Abschaffung der Verkehrsverbünde nicht zum Nachteil der ÖPNV-Nutzer\*innen, insbesondere junger Menschen, ausfallen darf. Für die besondere Situation von Student\*innen, welche derzeit auf das bewährte Solidarmodell des Semestertickets zurückgreifen können, dürfen sich keine individuellen Nachteile ergeben, da gerade in Ballungsräumen und Großstädten Studierende auch von außerhalb in die Metropolen zur Uni oder Hochschule pendeln. Eine einfache Auflösung von Verkehrsverbünden darf nicht losgelöst von sozialen Fragen und der Stadt-Land-Problematik im ÖPNV betrachtet werden. Im Falle des Mitteldeutschen Verkehrsverbundes (MDV), der sich über drei Bundesländer erstreckt, ergeben sich besondere Herausforderungen in einem Transformationsprozess, die wir anerkennen und Lösungen finden müssen. Hier werden die Verkehrsverbünde verstärkt auf Übergangstarifgebiete setzen müssen.

#### **Die Schiene als Rückgrat - ein Streckennetz auf Höhe der Zeit**

Die Schiene ist und bleibt das Rückgrat des öffentlichen Verkehrs. Seit der Wiedervereinigung wurden in Sachsen über 60 Bahnstrecken stillgelegt. Diese Entwicklung war ein Fehler und muss rückgängig gemacht werden. Die Deutsche Bahn und der Freistaat Sachsen müssen deshalb stillgelegte Strecken in gemeinsamer Verantwortung reaktivieren. Dies stärkt langfristig auch die Attraktivität des ländlichen Raums.

Wir wollen die Elektrifizierung der bestehenden Schienenstrecken vorantreiben. Aufgrund der teilweise enormen Kosten und exorbitant langen Planungszeiträume muss intensiv geprüft werden, ob übergangsweise oder dauerhaft auf neue Technologien wie Batterie- und **Wasserstoff-betriebene Züge** zurückgegriffen werden kann. Dies stellt eine klimafreundliche Alternative zu dieselbetriebenen Zügen dar. Diese Technologie sollte insbesondere auch für die Reaktivierung von Zugstrecken eingesetzt werden, um schnellstmöglich das Streckennetz zu erweitern.

#### **Leipzig, Dresden und Chemnitz - Mobilität in den drei sächsischen Großstädten**

Im Ballungsraum **Leipzig** besteht mit dem mitteldeutschen S-Bahn-Netz bereits eine enge Anbindung an viele Städte im direkten Umland und auch im gesamten Freistaat Sachsen. Hier sehen wir Handlungsbedarf, insbesondere im Anschluss von Döbeln an das S-Bahn-Netz. Außerdem bedarf es einer Taktverdichtung auf der wichtigen Pendler\*innenstrecke Leipzig- Dresden im Bereich des Nahverkehrs.

In der **Landeshauptstadt Dresden** besteht ebenfalls ein S-Bahn-Netz. Dieses sollte umfangreich ausgebaut und ergänzt werden. Die Anbindung der umliegenden Städte und Gemeinden an Dresden ist unzureichend.

In **Chemnitz** besteht mit dem Chemnitzer Modell bereits ein erfolgreich etabliertes überregionales Nahverkehrssystem, welches das Umland sehr gut an die Großstadt anbindet. Die Erfahrungen und Erfolge dieses ÖPNV-Systems sollten auch auf andere Regionen in Sachsen angewendet werden. Der Ausbau der Stufe 5 sollte aber deutlich

83 beschleunigt werden.

#### 84 **Ländlicher Raum - vielfältige Mobilität neu denken**

85 Die ÖPNV-Situation außerhalb der drei sächsischen Großstädte gestaltet sich regional  
86 unterschiedlich. Diese bestehen aus teilweise sehr kleinen Stadtverkehren, den  
87 verschiedenen Haltepunkten von Regionalbahnen und REs, verschiedenen Busverkehren  
88 sowie den eigenständigen städtischen Straßenbahn-Verkehren in Görlitz, Plauen und  
89 Zwickau. Darüber hinaus verkehren verschiedene, vor allem auf den Tourismus  
90 ausgelegte Züge.

91 Damit Menschen langfristig auf den ÖPNV umsteigen können, braucht es eine regelmäßige  
92 Verbindung in die jeweils nächst größeren Städte, auch am Wochenende und insbesondere  
93 in den für Pendler\*innen wichtigen **Morgen- und Abendstunden**. Das heißt, es braucht  
94 funktionierende Verbindungen von den Grundzentren in die Mittelzentren und von den  
95 Mittelzentren in die Oberzentren beziehungsweise Großstädte.

96 Langfristig setzen wir uns deshalb dafür ein, dass jedes der über 30 Mittelzentren in  
97 Sachsen im 30-Minuten-Takt mit der Bahn an ein Oberzentrum angebunden wird und  
98 zwischen den verschiedenen nahegelegenen Mittelzentren Bahn- oder Busverbindungen im  
99 30-Minuten- Takt eingerichtet werden.

#### 100 **ÖPNV auf dem Land neu denken**

101 Im ländlichen Raum abseits von Mittelzentren und Grundzentren lohnt sich der  
102 Linienverkehr vielerorts nicht, da die Bevölkerungsdichte zu gering und damit die  
103 potenzielle Zahl an Kund\*innen klein ist. Ein Bus, der dreimal täglich ein Dorf  
104 anfährt, würde vermutlich auch weiterhin leer bleiben, egal ob er viermal, fünfmal  
105 oder sechsmal käme. Eine plumpe Forderung nach mehr Bus und Bahn kann hier nicht  
106 unsere Antwort sein. Gleichzeitig erachten wir den Linienverkehr mit Schulbussen  
107 weiterhin für sinnvoll und notwendig, um Schüler\*innen sicher zur Schule zu bringen.

108 Der öffentliche Verkehr muss jedes Dorf erreichen. Dort, wo zu wenige Menschen für  
109 den Linienverkehr leben, muss der öffentliche Verkehr nach Bedarf und dennoch  
110 verlässlich fahren. Wir fordern einen ÖPNV on demand, welcher per App oder Telefon  
111 gerufen werden kann, an keine Linienführung gebunden ist und die Verbindung von einer  
112 Haltestelle zu jeder anderen Haltestelle in einem bestimmten Umkreis sicherstellt.

113 Der Linienverkehr mit Schulbussen muss weiterhin bestehen bleiben. Wir sehen, dass  
114 das "Problem der letzten Meile" insbesondere im ländlichen Raum, aber auch im  
115 großstädtischen ÖPNV eine Herausforderung darstellt.. Es wird nie möglich sein, in  
116 einem Flächenland wie Sachsen für jede Person eine Haltestelle mit entsprechend  
117 attraktiven ÖPNV-Angebot in einer überschaubaren Laufnähe oder kurzen Fahrstrecke zur  
118 Verfügung zu stellen. Hier gilt es also Lösungen über CarSharing mit E-Autos,  
119 deutlich mehr P+R-Plätze und B+R-Plätze an Bahnhöfen und einen stärkeren Ausbau der  
120 Radinfrastruktur vor allem entlang der landeseigenen Staatsstraßen sowie entlang der  
121 Bundesstraßen zu ermöglichen.

#### 122 **Bahnhöfe, Haltepunkte, Fahrzeuge**

123 Damit Mobilität für alle ermöglicht wird, braucht es nicht nur ein gut ausgebautes  
124 Liniennetz und eine deutliche Taktverdichtung, sondern auch massive Investitionen in  
125 Bahnhöfe, Haltepunkte und die Fahrzeugflotte. Hier sind Bund, Länder, Kommunen,  
126 Verkehrsverbünde und die Leistungserbringer gemeinsam in der Pflicht.

Es braucht dabei ein umfangreiches "Schöne-Bahnhöfe"-Programm im Freistaat, bei dem die bestehenden Bahnhofsgebäude saniert, besser ausgestattet und barrierefrei ausgebaut werden. An allen Bahnhöfen sollten kostenlose WiFi-Zugangspunkte zur Verfügung stehen. Der Bund muss endlich seiner Verpflichtung gerecht werden und entlang aller Bahnstrecken für den Ausbau des 5G-Netzes sorgen sowie einen dauerhaften Handyempfang sicherstellen, damit auch im ÖPNV digitale Endgeräte vollumfänglich nutzbar sind. Das steigert die Attraktivität des ÖPNV enorm.

Für die Fahrzeugflotten im ÖPNV braucht es ebenfalls massive Investitionen für den Umstieg auf elektrobetriebene Busse sowie auf Wasserstoff-betriebene Züge, insbesondere für bisher nicht elektrifizierte Strecken.

Auch in den Fahrzeugen des ÖPNV braucht es WiFi-Zugangspunkte, die kostenlos für alle Kund\*innen nutzbar sind.

### **Radverkehr ist Mobilität der Zukunft - in Stadt und Land**

Der Freistaat Sachsen hat sich vorgenommen, bis zum Jahr 2025 mehr als 500 km neue Radwege zu bauen. Dieses Ziel ist aus heutiger Sicht nicht mehr erreichbar, primär vor dem

Hintergrund, dass in den letzten drei Jahren laut Daten, die dem MDR vorliegen, gerade einmal rund 30 Kilometer in ganz Sachsen gebaut wurden. Das ist ein Armutszeugnis für den Freistaat und verhindert eine wirksame Verkehrswende in der Fläche. Es braucht daher so schnell wie möglich ein **Radwege-Sofortprogramm in Sachsen**, damit insbesondere im ländlichen Raum, in dem das Rad oftmals primär für Freizeitaktivitäten genutzt wird, deutlich mehr Menschen auch für den Arbeitsweg vom Auto auf das Rad umsteigen. Das gilt vorwiegend für die "letzte" bzw. "erste" Meile, um zu einer ÖPNV-Haltestelle zu gelangen. Die Mobilität mit dem Rad muss ganzjährig sicher möglich sein. Deshalb müssen Radwege und Radfahrstreifen gut beleuchtet und vom Winterdienst ebenfalls mit geräumt werden.

Zur Stärkung des multimodalen Verkehrs sollen Bahnhöfe und Haltestellen verstärkt mit Fahrradschließfächern und Bike+Ride-Stationen ausgestattet werden. An Schwerpunkten sollten, ergänzend zum Förderprogramm des Bundes, auch Fahrradparkhäuser durch den Freistaat Sachsen gefördert werden. Zum erleichterten Umstieg vom Fahrrad in den Schienenpersonenverkehr (SPNV), fordern wir die kostenlose Fahrradmitnahme in allen Nah- und Regionalzügen. Dafür müssen die Fahrzeuge entsprechend ausgestattet werden. Gleichzeitig braucht es deutlich mehr Bikesharing-Angebote, nicht nur in den Großstädten.

Sachsen muss den Kauf von E-(Lasten)Rädern entsprechend fördern. Wer täglich in ein größeres Zentrum pendeln muss, soll Anreize erfahren, dabei auf das Rad umzusteigen. Dadurch soll der Pendelverkehr von Vororten/umliegenden Gemeinden in die nächstgrößere Stadt vom Auto auf das Rad verlagert werden.

### **Vermeidbaren Verkehr vermeiden**

Für uns ist auch klar, dass in Zukunft vermeidbare Wege nicht mehr zurückgelegt werden sollten. Dies betrifft zum Beispiel Behördengänge oder die alltägliche Anschaffung von Lebensmitteln. So muss Sachsens Verwaltung digitaler werden, damit alle Behördengänge von zu Hause aus möglich werden und die Fahrt zur Behörde überflüssig wird. Weiterhin muss der alltägliche Einkauf auch in Orten mit 1500 Einwohner\*innen vor Ort möglich sein. Wir fordern ein Förderprogramm für den Aufbau



172 von Selbstbedienungsläden ohne Personal, welche rund um die Uhr geöffnet sind und die  
173 Versorgung mit Lebensmitteln sicherstellen. Auch mobile Arztpraxen und  
174 Telemedizinangebote können dazu beitragen, dass Wege mit dem Auto vermieden werden.  
175 Schnelles Internet an jeder Milchkanne ist die Voraussetzung für diese Möglichkeiten,  
176 dafür muss Sachsen sorgen. Zukünftiger Autoverkehr kann auch vermieden werden, wenn  
177 bei der Ausweisung von Neubaugebieten die Anbindung an das Radwegenetz und den  
178 öffentlichen Verkehr direkt mitgeplant werden muss.

## Antrag M09: Ausbau der Geothermie-Forschung

|         |         |
|---------|---------|
| Status: | Annahme |
|---------|---------|

- 1 *Der Landesparteitag der SPD möge beschließen und an die Landtagsfraktion*  
2 *weiterleiten:*
- 3 Die Erforschung und damit letztlich die Möglichkeiten der Geothermie sind, zunächst  
4 in geologisch besonders geeigneten Regionen, auszubauen. Neue Pilotprojekte, um  
5 Geothermie für die Stromerzeugung, u.a. zur Gewinnung von grünem Wasserstoff zu  
6 nutzen, sollen initiiert werden. Hierbei sind regionale Firmen und  
7 Forschungseinrichtungen, so sie hierfür die Expertise haben, einzubeziehen. Für  
8 bereits laufende Projekte zur Erforschung und Nutzung der Geothermie sind  
9 Anschlussprojekte zu planen und weiterhin auskömmlich zu finanzieren.
- 10 Des Weiteren setzen wir uns für eine Nutzung des durch Bergbaufolgen entstandenem  
11 warmen Grubenwassers zur Energiegewinnung ein.

## Antrag P02: INKLUSION VORLEBEN - BARRIEREFREIE UND BEHINDERTENGERECHTE BÜRGER\*INNENBÜROS

|         |         |
|---------|---------|
| Status: | Annahme |
|---------|---------|

- 1 *Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen:*
- 2 Barrierefreiheit ist für uns Sozialdemokrat\*innen ein wichtiger Aspekt, um  
3 gesellschaftliche Teilhabe für alle Menschen zu ermöglichen. Aufgrund dessen ist für  
4 uns auch die zunehmende Barrierefreiheit der Bürger:innenbüros ein wichtiges Ziel.  
5 Wir fordern dazu auf, dass sowohl Abgeordnete der SPD als auch die Partei selbst,  
6 einerseits bei bestehenden Büroflächen, andererseits bei der Neuanmietung von  
7 Büroflächen auf eine Barrierereduzierung hinarbeiten.
- 8 Es ist dabei in regelmäßigen Abständen zu prüfen, ob mithilfe von Umbau- und  
9 Ausbaumaßnahmen die barrierefreie Nutzung ermöglicht werden kann. Insbesondere in  
10 Landes-, Regional- und Kreisgeschäftsstellen, die vermehrt von Ortsvereinen und  
11 Unterbezirken für Veranstaltungen genutzt werden, muss diese Prüfung umgehend  
12 stattfinden.
- 13 Des Weiteren ist neben der räumlichen Infrastruktur ebenso auf Aspekte barrierefreier  
14 Bürger\*innennähe und Öffentlichkeitswirksamkeit zu achten.
- 15 Außerdem sollte leicht verständliche Sprache auf Flyern und Plakaten, die in oder an  
16 den Büros ausliegen bzw. angebracht sind, verwendet werden, um auch Menschen mit  
17 Lernbeeinträchtigung und Hörbeeinträchtigung zu erreichen. Über zusätzliche  
18 technische Vorkehrungen, die der Barrierefreiheit dienen, ist nachzudenken.

## Antrag R05: Gesetzliche Erlaubnis des Filmens von Polizeieinsätzen zur Beweiserhebung und Beweissicherung

|         |         |
|---------|---------|
| Status: | Annahme |
|---------|---------|

- 1 Der Landesparteitag möge beschließen und an den Bundesparteitag und die SPD-
- 2 Bundestagsfraktion weiterleiten:
- 3 Der § 201 Strafgesetzbuch (Vertraulichkeit des Wortes) ist dergestalt zu ändern, dass
- 4 das Filmen von Polizeieinsätzen nicht unter die Strafbarkeit des § 201 StGB fällt,
- 5 wenn eine Videoaufnahme mit Ton oder eine Tonaufnahme eines Polizeieinsatzes zum
- 6 Zwecke der Beweissicherung angefertigt wird.

## Antrag R06: BodyCams bei der Polizei

|         |         |
|---------|---------|
| Status: | Annahme |
|---------|---------|

- 1 Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen:
- 2 Seit einigen Jahren wird die BodyCam zunehmend zur Standardausrüstung der Polizei,  
3 auch in Sachsen.
- 4 Die Ausstattung mit BodyCams kann jedoch nur dann verhältnismäßig sein, wenn sie  
5 sowohl dem Schutz der Polizeibeamten als auch der Bürger\*innen vor rechtswidriger  
6 Polizeigewalt dient. Dies ist nur dann gewährleistet, wenn keine der Konfliktparteien  
7 allein bestimmen kann, wann eine Aufzeichnung stattfindet. BodyCams müssen daher den  
8 folgenden Anforderungen genügen:
- 9 1. Im Einsatz nimmt die Kamera Video und Ton in einer „Loop“ auf – eine Speicherung  
10 findet nur temporär für einen kurzen Zeitraum statt. Erst durch das Aktivieren  
11 eines „aktiven“ Aufzeichnungsmodus wird das temporäre Video gesichert (Quick  
12 Freeze) und die Kamera für dauerhafte Speicherung aktiviert.
- 13 2. Sowohl Polizeibeamte als auch Bürger\*innen müssen den aktiven Aufzeichnungsmodus  
14 der BodyCam aktivieren können, z.B. durch einen Sprachbefehl
- 15 3. Für Außenstehende muss der laufende Modus der BodyCam (Loop oder aktiv)  
16 erkennbar sein, z.B. durch grünes/rotes Licht.
- 17 4. Die Auswertung der Videodaten im Konfliktfall hat durch eine Instanz zu  
18 geschehen, die der Polizei übergeordnet ist.

## Antrag R08: Schuldenbremse aus dem Grundgesetz streichen

Status: Annahme

1 Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen und an die SPD-Fraktion im  
2 Sächsischen Landtag sowie die SPD-Bundestagsfraktion weiterleiten:  
3 Öffentliche Investitionen sind die Grundlage für den Weg in ein ökologisch nachhaltig  
4 produzierendes, digitales und sozial gerechtes Zeitalter. Als SPD fordern wir  
5 Investitionen in Daseinsvorsorge, in ein ausgebautes Mobilitätssystem, stabile  
6 Energienetze bestehend aus erneuerbaren Quellen sowie moderne, lückenlose  
7 Breitbandverkabelung. Diese überfälligen, aber erheblichen Ziele sind nur mittels  
8 voluminöser öffentlicher Investitionen zu erreichen. Im Jahr 2009 implementierte der  
9 Gesetzgeber eine Deckelung dieser öffentlichen Investitionen im Grundgesetz – die  
10 sogenannte Schuldenbremse. Der Artikel 109 Abs. 3 GG legt ein grundsätzliches Verbot  
11 von struktureller Neuverschuldung für die Länder und ein maximales  
12 Neuverschuldungsniveau von 0,35 Prozent für den Bund fest. Die länderspezifische  
13 Ausgestaltung der Schuldenbremse ist laut Art. 109 Abs. 3 GG von den Ländern im  
14 Rahmen ihrer verfassungsrechtlichen Kompetenzen individuell in der Landesverfassung  
15 oder im Haushaltsrecht festzusetzen. Ausnahmen von der Schuldenbremse sind nur bei  
16 außergewöhnlichen Ereignissen wie schweren Naturkatastrophen oder Wirtschaftskrisen  
17 vorgesehen.

18 Als Reaktion auf die Coronakrise wurde die Schuldenbremse vorläufig ausgesetzt. Erst  
19 das ermöglichte sowohl die Krisenmaßnahmen der Bundesrepublik als Reaktion auf die  
20 Pandemie als auch die bisherigen sozialen Ausgleichsmaßnahmen aufgrund der  
21 gestiegenen Energie- und Lebensmittelpreise.

### 22 Die Schuldenbremse als undemokratische Investitionsbremse

23 Ausgehend von einem fehlgeleiteten Verständnis von Generationengerechtigkeit und dem  
24 Sparen als Selbstzweck verankerte der Gesetzgeber mit der Schuldenbremse einen  
25 Mechanismus, der seine eigene Handlungsfähigkeit insbesondere in den Bereichen  
26 öffentlicher Investitionen in Daseinsvorsorge, sozialpolitischen Instrumenten sowie  
27 aktiver und gestaltender Wirtschaftspolitik nachhaltig beschränkt. Das Haushaltsrecht  
28 ist die entscheidende Kompetenz des Parlaments. In Zeiten, in denen entscheidende  
29 Zukunftsaufgaben gelöst werden müssen, bedeutet eine solche Deckelung die Beraubung  
30 politischen Handlungsspielraums für progressive Akteure und Parteien, die den  
31 Anspruch haben, für kommende Generationen das Versprechen auf eine bessere Zukunft  
32 einzulösen.

### 33 Die Klimaschutzbremse

34 Die Bedingung für das Gelingen der sozial-ökologischen Transformation von Wirtschaft  
35 und Industrie ist ein handlungsfähiger und starker Staat. Generationengerechte  
36 Politik bedeutet effektiv, die Voraussetzungen für das Lösen von überfälligen  
37 Transformationsaufgaben wie dem Ausstieg aus der Kohleverstromung sowie dem Ende von  
38 Verbrennungstechnologien im Automobilsektor zu schaffen. Junge Menschen demonstrieren  
39 auf den Straßen nicht für schwarze Zahlen, sondern für den Erhalt einer lebenswerten  
40 Zukunft und für das ernst nehmen der Klimakrise. Die Weigerung konservativer  
41 politischer Verantwortungsträger:innen, die notwendigen finanziellen Mittel dafür in  
42 die Hand zu nehmen, überlässt der Privatwirtschaft, die Bekämpfung dieser

existenziellen Krise und stellt damit ein Scheitern sicher.

#### **Die Krisenuntauglichkeit der Schuldenbremse**

Im Zuge der Coronapandemie hat der Bund etwa 130 Milliarden neue Schulden aufgenommen. Zur Bewältigung der Krise genutzte Neuaufnahmen sind so weit mit der Schuldenbremse vereinbar. Doch schon während der Krise wurde vonseiten der Union angekündigt, diese erhöhten Ausgaben zukünftig mit noch strengerer Haushaltsdisziplin und damit mit der Streichung von Zukunftsinvestitionen oder sozialpolitischen Ausgaben auszugleichen. Gleiches wurde in Verbindung mit den Entlastungspaketen im Laufe dieses Jahres gefordert. Ab 2023 werden die öffentlichen Haushalte zudem wieder an den Maßgaben von Art. 109 und 115 GG messen lassen müssen. Zusätzlicher Druck entsteht dadurch, dass sowohl das Sondervermögen für Klima und Transformation, als auch das für die Bundeswehr Sondertilgungen nach sich ziehen werden, die künftige Haushalte besonders belasten.

Die Schuldenbremse in ihrer aktuellen Form begrenzt antizyklische Finanzpolitik. Sie öffnet im Abschwung bzw. krisenartigen Situationen zwar den haushaltspolitischen Raum für die Stabilisierung des Konjunkturzyklus, allerdings nur in einem eng begrenzten Rahmen. Weiterhin fehlen bis heute Belege (national und international), dass Fiskalregelung zur Deckelung der Neuverschuldung Schuldenquoten tatsächlich verringern. Prozyklische Finanzpolitik kann durch negative Effekte auf Steuereinnahmen, Erwerbslosigkeit und das Bruttoinlandsprodukt Volkswirtschaften sogar zusätzlich destabilisieren.

Sowohl die Coronakrise, als auch das vergangene Jahr haben gezeigt, wie wichtig es ist, dass Bund und die Länder auch finanzpolitisch handlungsfähig sind. Diese Handlungsfähigkeit gilt es auch zukünftig zu bewahren und gleichzeitig den Parlamenten das volle Budgetrecht über die jährlichen Ausgaben einzuräumen.

Daher fordern wir:

1. eine Reform der Schuldenbremsen auf Landesebene. Die Spielräume, die das Grundgesetz gibt, sollten auf Ebene der Länder auch genutzt werden. Insbesondere muss die sächsische Schuldenbremse hinsichtlich Tilgungsdauer und Konjunkturkomponente reformiert werden, damit der Staat in Krisen schnell reagieren kann und auch in der Zeit danach handlungsfähig bleibt. Darüber hinaus soll der Grad der Regelungstiefe in der Verfassung angepasst werden, damit auch neue finanzwissenschaftliche Erkenntnisse reagiert werden kann.
2. eine Reform der Schuldenbremse im Grundgesetz und der EU-Fiskalregeln. Sie sollen modernisiert werden und künftig auch solche Indikatoren berücksichtigen, die es ermöglichen, ein umfassendes Bild von Staatsausgaben und Wirtschaftsentwicklung berücksichtigen.

86

87



## Antrag S03: Versorgung von jungen und werdenden Müttern mit psychischen Problemen stärken

|         |         |
|---------|---------|
| Status: | Annahme |
|---------|---------|

- 1 Die SPD Sachsen will die Versorgung von jungen und werdenden Müttern mit psychischen  
2 Problemen, insbesondere schweren depressiven Episoden und Psychosen, stärken. Hierzu  
3 wird sie in der nächsten Legislatur darauf hinwirken, dass
- 4 1. eine Ist-Analyse der Versorgung von Schwangeren und jungen Müttern durchgeführt  
5 wird,
- 6 2. bestehende Netzwerkstrukturen und Akteure im Gesundheitswesen integriert werden  
7 (Leistungserbringer wie GynäkologInnen, PsychiaterInnen, PsychosomatikerInnen,  
8 PsychotherapeutInnen, Hebammen und Entbindungspflegende, als auch Krankenkassen)  
9 und
- 10 3. über eine konkret die Versorgungssituation der Patientinnen verbessernde  
11 Initiative (bspw. Fortschreibung des sächsischen Psychiatriegesetzes,  
12 Koordinierungsstelle) entschieden wird. Sie wird dabei unabhängig von einer  
13 Regierungsbeteiligung darauf hinwirken.

## Antrag S07: Gründung eines staatlichen pharmazeutischen Unternehmens

|         |         |
|---------|---------|
| Status: | Annahme |
|---------|---------|

- 1 Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen:
- 2 Die SPD setzt sich für die Gründung eines pharmazeutischen Unternehmens als
- 3 gemeinnützige GmbH in Trägerschaft des Bundesministeriums für Gesundheit finanziert
- 4 aus dem Gesundheitsfonds und einzuführenden Beiträgen der privaten
- 5 Krankenversicherungen mit folgenden Aufgaben ein:
- 6 • Substitution nicht patentgeschützter Arzneimittel, die für die Versorgung der
- 7 Bevölkerung unabdingbar sind.
- 8 • Entwicklung von Arzneimitteln mit dem Ziel der Heilung von Erkrankungen. Dies
- 9 schließt auch die Heilung unterstützender Substanzen, wie Antibiotika,
- 10 Bakteriophagen und Virostatika ein.
- 11 • Entwicklung von Arzneimitteln für die Behandlung seltener Erkrankungen.

## Antrag S08: Pflege, Gesundheit und medizinische Versorgung

|         |         |
|---------|---------|
| Status: | Annahme |
|---------|---------|

1 *Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen:*

2 Die vergangenen Jahre haben den Themen Pflege und Gesundheit eine neue  
3 gesellschaftliche Bedeutung zukommen lassen. Dabei war der wesentliche Punkt nicht,  
4 dass diese Themen von jetzt auf gleich relevanter für eine funktionierende  
5 Gesellschaft geworden sind, sondern dass sich der Fokus durch die Pandemie zugunsten  
6 der Pflege und Medizin verschoben hat. Sachsen ist demografisch eines der ältesten  
7 Bundesländer Deutschlands. Der Bedarf an medizinisch-pflegerischen Leistungen wird  
8 daher auch in Zukunft steigen. Steigende Multimorbidität sowie erweiterte  
9 Behandlungsmethoden durch medizinischen Fortschritt binden immer mehr finanzielle und  
10 personelle Ressourcen. Die Erfahrungen und hohen Belastungen der vergangenen Jahre  
11 haben dazu beigetragen, dass viele Beschäftigte aus ihrem ursprünglichen Beruf  
12 ausgestiegen sind.

13 Für die SPD Sachsen ist klar, dass immer der Mensch im Mittelpunkt stehen muss. Eine  
14 gute medizinische Betreuung muss und darf nicht an wirtschaftlichen Interessen und  
15 Maßstäben ausgerichtet werden, sondern muss sich an den Interessen und Bedürfnissen  
16 der Patient:innen und Pflegeempfänger:innen ausrichten. Dies kann nur gelingen, wenn  
17 den sächsischen Kliniken und Gesundheitseinrichtungen der Druck, Gewinne zu  
18 erwirtschaften, genommen wird. Der Freistaat Sachsen muss dafür den Investitionsstau  
19 an sächsischen Kliniken aufarbeiten und seinen angemessenen Beitrag zur dualen  
20 Krankenhausfinanzierung leisten. Der Investitionsplan des Freistaates Sachsen ist  
21 entsprechend anzupassen. Die Jusos Sachsen fordern hierfür die Umsetzung einer  
22 progressiven Finanzpolitik in Sachsen.

23 Ein erster Schritt dafür ist die Reform der Schuldenbremse. Investitionen in unsere  
24 medizinisch- pflegerische Infrastruktur sind eine Frage der Vernunft und  
25 Gerechtigkeit. Ein Festhalten an der aktuellen Schuldenbremse aus rein ideologischen  
26 Gründen der Konservativen hat sich hierbei bereits mehrfach als falsch  
27 herausgestellt. Eine aus unserer Sicht aktuell falsche Finanzpolitik darf  
28 Investitionen in unsere Infrastruktur nicht im Wege stehen.

29 Wir wollen aus den Erfahrungen der Vergangenheit lernen. Für uns bedeutet dies auch  
30 zu erkennen, dass die stellenweise maßlose Privatisierung auch und gerade im Bereich  
31 der Gesundheits-Infrastruktur ein Fehler war. Krankenhäuser gehören auch in  
32 öffentliche Hand. Daher fordern wir ein Rekommunalisierungsprogramm des Freistaates  
33 Sachsen, speziell im Bereich der privaten Krankenhäuser. Wir fordern zudem, eine  
34 entsprechende Finanzierungsgrundlage für finanzschwache Kommunen, Gemeinden und  
35 Landkreise zu schaffen, welche sonst mit der Betreibung eigener Krankenhäuser  
36 überlastet werden.

37 Auch darf die Aufenthaltsdauer von Patient:innen sich nicht an Höstverweildauern,  
38 welche sich aus dem DRG System ergeben, richten. Stattdessen muss eine  
39 bedarfsgerechte Finanzierung erfolgen, die sich an den tatsächlichen medizinischen  
40 und pflegerischen Bedürfnissen der Patient:innen orientiert. Kosten, die eine  
41 Einrichtung für die bedarfsgerechte Versorgung der Patient:innen tragen muss, müssen  
42 entsprechend erstattet werden. Die Jusos Sachsen fordern daher, dass sich der

43 Freistaat Sachsen auf Bundesebene entsprechend positioniert und Initiativen für eine,  
44 sich an den Interessen der Patient:innen, Pflegeempfänger:innen und Beschäftigten im  
45 Gesundheitswesen orientierende Finanzierung unterstützt.

46 Für uns als SPD Sachsen ist nicht nur die Frage der Finanzierung unserer  
47 Gesundheitseinrichtungen relevant. Ebenfalls müssen die Aspekte der  
48 Personalentwicklung betrachtet werden. Wie in der 12. Fortschreibung des sächsischen  
49 Krankenhausplans vom 30.08.2018 festgeschrieben, wird der jährliche Verlust von  
50 Ärzt:innen nicht durch Absolvent:innen des Medizinstudiums kompensiert werden können.  
51 Schon jetzt fehlen in vielen, gerade ländlichen Regionen Hausärzt:innen um die  
52 parallel steigende Zahl an Patient:innen zu behandeln. Auch in sächsischen  
53 Krankenhäusern tritt dieses Problem immer stärker zu Tage. Gerade kleinere  
54 Krankenhäuser im ländlichen Raum können, auch auf Grund geringerer Qualifikations-  
55 und Weiterbildungsmöglichkeiten, offene Stellen vor allem im ärztlichen und  
56 pflegerischen Bereich kaum noch besetzen. Daher fordert die SPD Sachsen eine  
57 Steigerung der Medizinstudienplätze in Sachsen und eine entsprechende Finanzierung  
58 durch den Freistaat. Auch in Sachsen gibt es weiterhin mehr Menschen, die Medizin  
59 studieren wollen, als Plätze zur Verfügung stehen. Eine Steigerung der Kapazitäten  
60 ist daher nicht nur zur Sicherung einer qualitativ hochwertigen Versorgung notwendig,  
61 sondern trägt maßgeblich dazu bei, junge, später gut qualifizierte Menschen in  
62 Sachsen zu halten. Neben der Aufstockung der Studienplätze für Humanmedizin, fordern  
63 wir eine Ausweitung der Studienkapazitäten für den akademisch medizinischen Beruf des  
64 Physician Assistant. Wir sind der Überzeugung, dass dadurch sowohl das ärztliche als  
65 auch das pflegerische Personal speziell in Krankenhäusern spürbar entlastet werden  
66 kann.

67 Außerdem fordern wir eine konsequente Umsetzung des Poliklinik plus Konzepts,  
68 speziell in ländlichen Regionen. Wir fordern den Freistaat auf, Städte und Gemeinden  
69 beim Aufbau mit Geld und Know-how zu unterstützen. Eine entsprechende Aufnahme in den  
70 sächsischen Krankenhausplan sollte konsequent erfolgen, da bereits jetzt knapp die  
71 Hälfte der medizinischen Versorgungszentren in Sachsen in Krankenhäusern betrieben  
72 werden. Dies sorgt auch im weitläufigen ländlichen Raum für eine zentrale und  
73 gesicherte medizinische und zum Teil pflegerische Versorgung.

74 Neben der existentiellen ärztlichen Versorgung ist bei einer guten, flächendeckenden  
75 Gesundheitsversorgung in Sachsen aus unserer Sicht ein großes Augenmerk auf die  
76 Pflege zu richten. Pflege findet dabei überall und nicht nur in Einrichtungen statt.  
77 Die drei großen Bereiche der Pflege bilden dabei die stationäre Langzeitpflege, der  
78 akutstationären, sowie die ambulante Pflege. Unabhängig vom Tätigkeitsfeld ist auch  
79 die Pflege von Personalmangel betroffen. Leistungsdruck im Dreischichtsystem, meist  
80 mit rollender Woche sind Alltag. Deswegen fordern wir eine deutliche und spürbare  
81 Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Feste, bereichs- und bedarfsangepasste  
82 Personaluntergrenzen im Stufenplan müssen konsequent eingeführt werden. Dies ist  
83 notwendig, um gerade langzeitstationären Einrichtungen einen entsprechenden Vorlauf  
84 zu geben. Aus unserer Sicht muss dabei in allen drei Bereichen ein entsprechendes  
85 Verhältnis zwischen Fachkräften mit dreijähriger Berufsausbildung und  
86 Pflegehilfskräften angemessen berücksichtigt werden.

87 Der erste Schritt, die Pflege attraktiver zu gestalten und auch den Verlust von  
88 Pflegekräften zu begrenzen, ist es, die Arbeitsbedingungen zu verbessern. Dies kann

89 perspektivisch nur geschehen, wenn die Arbeitsbelastung der Beschäftigten auf ein  
90 realistisch zu bewältigendes Maß gesenkt wird. Des Weiteren müssen auch im  
91 Pflegebereich die Ausbildungskapazitäten ausgebaut werden. Dies betrifft nicht nur  
92 die Ausbildungsberufe Pflegefachmann/ Pflegefachfrau, sondern auch den der  
93 Krankenpflegehelfer:innen. Dies ist notwendig, um dem bundesweit beginnenden  
94 Strukturwandel auch im Bereich der Pflegeberufe in Sachsen angemessen zu begegnen. Zu  
95 einer guten Ausbildung gehört neben der theoretischen Ausbildung auch eine gute  
96 berufspädagogische Betreuung und Ausbildung in der Praxis durch Praxisanleiter:innen,  
97 entsprechend geregelt im §4 Pfl APrV. Praxisanleiter:innen führen ihre Tätigkeit oft  
98 neben den normalen, arbeitsplatzbezogenen Tätigkeiten durch. Ihnen ist dabei  
99 ausreichende Zeit für die Praxisanleitung und deren Vor- und Nachbereitung zur  
100 Verfügung zu stellen. Eine angemessene Zusatzvergütung für die Arbeit der  
101 Praxisanleiter:innen, wie sie teilweise in einigen Tarifwerken wie TV-L, AVR-DD und  
102 anderen bereits geregelt ist, ist sachsenweit und bundesweit einzuführen. Hierzu  
103 fordern wir die Tarifpartner auf, falls nicht bereits geschehen, diese  
104 Zusatzvergütung einzuführen. Dies sollte, insbesondere auf Grund sich veränderter  
105 Ausbildungsgesetzgebungen, auch für andere Praxisanleiter:innen für Auszubildende der  
106 Operationstechnischen-/Anästhesietechnischen Assistent:innen (OTA/ATA), aber auch  
107 Medizinische Technolog:innen gelten.“ Dies soll neben der gerechten Entlohnung,  
108 dieser anspruchsvollen Aufgaben, auch die Motivation zur entsprechenden Weiterbildung  
109 steigern. Nach den ersten Erfahrungen der Änderung der Bildungsorte und der  
110 Wissensvermittlung im Rahmen der Kompetenzvermittlung fordern wir eine  
111 kontinuierliche und zeitnahe Weiterentwicklung und Überarbeitung des sächsischen  
112 Lehrplanes für die Pflegeberufe. Hier zeigen sich die Defizite, insbesondere in der  
113 Vermittlung von anatomischen und physiologischen Grundkenntnissen, zur Betreuung von  
114 Menschen unterschiedlichster Pflegebedarfe. Die bundesweite Evaluation des  
115 Pflegeberufegesetzes und der entsprechenden Prüfungs- und Ausbildungsverordnung im  
116 Jahr 2025 ist dabei durch die Staatsregierung konstruktiv kritisch zu begleiten.

117 Des Weiteren fordern wir, auch im Blick auf die Pflegeberufe, die Einführung eines  
118 Bildungsurlaubs in Sachsen. Gerade mit Blick auf §4 PflBG ist es notwendig den  
119 Beschäftigten die Möglichkeit, auch für Weiterbildung zu ermöglichen, um Pflege auch  
120 zukünftig auf dem aktuellen wissenschaftlichen Stand durchführen zu können.

## Antrag S09: Portalpraxis auch im Oberen Vogtland

|         |         |
|---------|---------|
| Status: | Annahme |
|---------|---------|

- 1 *Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen und an die Landtagsfraktion*
- 2 *weiterleiten:*
- 3 Um die (haus-)ärztliche Versorgung auch im Oberen Vogtland in Zukunft zu
- 4 gewährleisten, fordern wir die kassenärztliche Vereinigung auf, die Errichtung einer
- 5 Portalpraxis nach den Beispielen Rodewisch und Plauen zu prüfen.